

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

ISSN 0479-611 X

B 14/83
9. April 1983

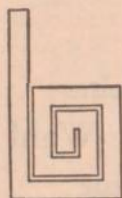
Werner Kaltefleiter
Eine kritische Wahl
Anmerkungen zur
Bundestagswahl 1983

Manfred Güllner
Zwischen Stabilität
und Wandel
Das politische System
nach dem 6. März 1983

Werner Kaltefleiter, Dr. rer. pol., geb. 1937; ordentlicher Professor für politische Wissenschaft an der Christian Albrechts Universität in Kiel, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft; von 1970 bis 1975 Leiter des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Veröffentlichungen u. a.: Die Funktionen des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie, 1970; Im Wechselspiel der Koalitionen — Analyse der Bundestagswahl 1969, 1970; Das labile Gleichgewicht — Das amerikanische Parteiensystem nach den Wahlen von 1972 (zus. m. Edward Keynes), 1973; Geheimhaltung und Öffentlichkeit in der Außenpolitik (zus. m. Peter Krogh), 1974; Minoritäten in Ballungsräumen — Ein deutsch-amerikanischer Vergleich (zus. m. Michael G. Eisenstadt), 1975; Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, 1977; Weltmacht ohne Politik (zus. m. Edward Keynes), 1979; Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik (zus. m. Peter Nißen), 1980.

Manfred Güllner, Dipl.-Kfm., geb. 1941; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Köln; von 1970 bis 1978 in leitender Position bei infas, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn-Bad Godesberg; seit August 1978 Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Köln.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Eine kritische Wahl

Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983

„Kritische Wahlen“ ist ein Begriff der Wahlforschung, mit dem tiefgreifende Umwälzungen im Wählerverhalten bezeichnet werden, die über den Wahltag hinaus für einen langen Zeitraum die Struktur eines Parteiensystems bestimmen ¹⁾. Die Bundestagswahl von 1953 war eine solche kritische Wahl; sie wurde in der Literatur als das „deutsche Wahlwunder“ bezeichnet ²⁾, weil sie die Transformation des deutschen Parteiensystems von einem Vielparteiensystem Weimarer Provenienz in ein alternierendes Parteiensystem fast angelsächsischer Art einleitete.

I. Der Wahltriumph der CDU/CSU

Vieles spricht dafür, daß die Wahl vom 6. März rückblickend ähnlich eingeordnet werden wird. Da ist zunächst der Triumph der Unionsparteien. Mit 48,8 Prozent erzielten sie formal ihr zweitbestes Ergebnis, nur übertroffen von Adenauers Kantersieg mit 50,2 Prozent im Jahre 1957. Aber auch diese 48,8 Prozent täuschen noch über die wahre Stärke der Union hinweg. Ein Blick auf die Erststimmen zeigt eher ihre wirkliche Stärke. Helmut Kohl wollte die Koalition mit der FDP fortsetzen, und genügend seiner Wähler empfanden wie er und hielten die FDP souverän über die 5-Prozent-Grenze. Man hat in der Vergangenheit häufig von Leihstimmen der SPD für die FDP gesprochen. Dieses Mal hat die Union wie ein großer Bruder seine kleine Schwester

auf den Arm genommen und ins Parlament getragen, das heißt, das wirkliche Potential der CDU/CSU lag am 6. März bei etwa 53 Prozent.

Um diesen Triumph der Unionsparteien zu verstehen, muß man sich zwei weitere Tatsachen bewußt machen. Große Wahlerfolge einer Partei waren in der Vergangenheit in der Bundesrepublik — ähnliches gilt aber auch für andere Länder — in der Regel Personalplebizite, Kanzlerwahlen, wie man in Deutschland zu sagen pflegt. Es schmälert den Triumph von Helmut Kohl nicht, wenn man feststellt, daß, anders als seine Vorgänger im Kanzleramt, er in der Wählerschaft noch keine weit über die Anhänger seiner Partei hinausgehende Resonanz fand.

Tab. 1

Kanzlerpräferenz 1983 — Nach Wahlabsicht und Parteianhängerschaft

Merkmale		Präferenz der Befragten für	
		Kohl	Vogel
Alle Befragten		51,8	48,2
Wahlabsicht	CDU/CSU	93,4	6,6
	SPD	4,8	95,2
	FDP	73,3	26,7
	Grüne	7,7	92,3
Parteianhängerschaft	CDU/CSU	94,6	5,4
	SPD	4,3	95,7
	FDP	69,0	31,0
	Grüne	20,5	79,5
	Potentielle Wechselwähler	55,9	44,1

¹⁾ V. O. Key, jr., A Theory of Critical Elections, in: Journal of Politics, Vol. 17, February 1955, S. 3—18.

²⁾ E. Faul, Ch. Baer, Das Deutsche Wahlwunder, Frankfurt 1953.

Etwa 52:48 lautete die Verteilung auf die Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler unmittelbar vor der Wahl³⁾. Das war kaum anders zu erwarten, denn der Amtsbonus des Bundeskanzlers konnte nicht in wenigen Monaten aufgebaut werden; dazu bedarf es einer längeren Zeit unumstrittener Kanzlerschaft. Diese war Helmut Kohl jedoch bislang nicht vergönnt. Mit der Entscheidung der neuen Koalition durch frühzeitige Neuwahl eine quasi plebiszitäre Bestätigung des Koalitionswechsels zu bekommen, war mit der Wahl Helmut Kohls am 1. Oktober der Wahlkampf zur Bundestagswahl 1983 eingeleitet, wenn auch bis kurz vor dem Wahltermin es ausreichend Unsicherheit und Diskussion darüber gab, wie diese Neuwahlen herbeizuführen seien und ob der eingeschlagene Weg letztlich auch verfassungskonform sein würde. Das aber bedeutete zugleich, daß Kohl nicht einen Tag die Chance hatte, sich als über den Parteien stehender Staatsmann zu profilieren und damit Zustimmung bis weit in die Reihen der Opposition zu finden. Eine solche unumstrittene Kanzlerschaft steht Helmut Kohl jetzt bevor; er wird bald in den Genuß des entsprechenden Amtsbonus kommen, wobei dies allerdings für das zukünftige Wahlverhalten erst bei der nächsten Bundestagswahl wieder von größerer Bedeutung sein wird, da auch hochangesehene Bundeskanzler in Landtagswahlen bislang nur bedingt Wahllokomotiven für ihre eigene Partei waren. Um so größer ist der Triumph des Parteivorsitzenden Helmut Kohl, denn dieses Wahlergebnis bedeutet eine inhaltliche Identifizierung von etwa 55 Prozent der deutschen Wählerschaft mit den von der Union verkörperten Grundlinien deutscher Politik.

Bei einer Analyse des Wettbewerbs zwischen Kohl und Vogel ist ergänzend hinzuzufügen, daß beide Kandidaten die fast gleiche Unterstützung bei den Wählern ihrer eigenen Partei fanden, daß aber Kohl deutlich die Mehrheit der FDP-Anhänger und der potentiellen Wechselwähler gewann, während Vogel von etwa 80 Prozent der Anhänger der Grünen

³⁾ Diese wie alle anderen Angaben zum Meinungsbild in der Wählerschaft sind einer Repräsentativbefragung entnommen, die bei 2 600 Befragten im Auftrag des Instituts für Politische Wissenschaft der Christian-Albrechts-Universität vom Gefas Institut in Bremen unmittelbar vor der Wahl durchgeführt wurde.

und gar über 90 Prozent der Grünen-Wähler präferiert wurde. Diese Zahlen signalisieren eine Zustimmung zu den Kandidaten, die der Wirklichkeit jedoch nicht ganz entspricht. Fragt man nach, ob man lieber einen anderen Kanzlerkandidaten gehabt hätte, so erklären nur etwa 53 Prozent ihre Zufriedenheit mit den beiden Kandidaten, wobei besonders bei den SPD- und FDP-Wählern eine gewisse Distanz zu den beiden Kandidaten Kohl und Vogel zu beobachten ist. Während unter den CDU/CSU-Wählern die Unterstützung von Kohl immerhin zwei Drittel betrug und die stärkste Alternative Strauß lediglich auf etwa 11 Prozent kam, war Vogel nur für 43 Prozent der SPD-Wähler die erste Wahl; 48 Prozent hätten Schmidt vorgezogen. Auch 23 Prozent der FDP-Wähler und 26 Prozent der potentiellen Wechselwähler sahen in Schmidt noch ihren Lieblingskandidaten, wobei interessanterweise anzumerken ist, daß unter den FDP-Wählern sich auch 16 Prozent für Stoltenberg aussprachen.

Eine Analyse des Bildes der Kandidaten im einzelnen, also der ihnen entgegengebrachten Sympathie und der ihnen zugetrauten Leistungsfähigkeit (siehe Tabelle 4 und 5), bestätigt dieses Bild: Der Schatten Helmut Schmidts lag über dem Duell zwischen Kohl und Vogel. Dies stützt die Hypothese, daß die SPD mit einem Kanzlerkandidaten Schmidt deutlich besser abgeschnitten hätte. Zur kritischen Analyse der SPD zu dieser Wahl muß dementsprechend gehören, warum ihr Schmidt nicht mehr zur Verfügung stand.

Um den Triumph der CDU/CSU zu erkennen, ist ein weiteres hinzuzufügen: Zu den traditionellen Merkmalen des deutschen Wahlverhaltens gehört, daß die Unionsparteien in den älteren Altersgruppen, die SPD bei den jüngeren überwiegt. Noch nie aber gab es eine „jüngere“ Wählerschaft in Deutschland als am 6. März 1983. Die geburtenstarken Jahrgänge, die auf den Arbeitsmarkt drängen und dort ein Hauptsorgenkind der deutschen Politik sind, haben auch die Struktur der Wählerschaft verändert. Das sprach eigentlich für die SPD und die Grünen und verdeutlicht jetzt um so mehr den Umfang des Triumphes der Union.

Um die Wählerbewegung, die zu diesem Wahlergebnis der Union führte, zu verstehen,

Tab. 2

Hätten Sie lieber einen anderen Kanzlerkandidaten gehabt? Nach Wahlabsicht und Parteianhängerschaft										
Kandidaten	Alle Befragten	Wahlabsicht				Parteianhängerschaft				
		CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PWW
kein anderer Kandidat als Kohl oder Vogel gewünscht	53,4	63,0	43,5	32,2	53,4	63,3	44,2	25,5	49,2	55,2
anderer Kandidat gewünscht, und zwar:										
Helmut Schmidt	26,1	10,8	48,2	23,1	16,7	7,5	49,0	26,6	29,4	26,4
Strauß	6,2	11,3	0,5	7,5	0,7	12,3	0,4	9,5	0,8	3,9
Stoltenberg	5,0	6,3	1,8	16,3	0,0	9,1	1,5	6,1	0,1	2,5
Albrecht	2,6	4,6	0,8	1,8	1,0	4,0	0,4	5,8	0,0	3,6
Brandt	1,4	0,0	2,9	0,1	6,7	0,0	1,8	7,2	4,7	1,0
Barzel	1,4	1,5	0,3	3,0	0,0	1,2	0,0	3,6	0,0	2,2

ist es zunächst notwendig, in der politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland etwas weiter zurückzugreifen. Bereits 1976 hatte die CDU/CSU mit 48,6 Prozent ein Wahlergebnis erreicht, das dem von 1983 nahekommt. Sie verfehlte damals nur knapp die Mehrheit der Mandate. Dieser Erfolg der Union, nach der schweren Wahlniederlage von 1972, als die CDU/CSU zum ersten und bislang einzigen Mal nicht einmal stärkste Partei im Deutschen Bundestag geworden war ⁴⁾, hatte im wesentlichen zwei Ursachen: Die inneren Streitigkeiten der SPD nahmen ständig zu; sie wurden im Winter 1973/74 durch die Führungskrise um den damaligen Bundeskanzler Brandt verstärkt, die letztlich zu dessen Ablösung und damit auch zu einer gewissen Stabilisierung der SPD unter Helmut Schmidt führten. Außerdem mehrten sich die ersten Zeichen einer ansteigenden, 1976 nur kurzfristig unterbrochenen Wirtschaftskrise. Beides führte zu einer ständigen Erosion des SPD-Potentials, die in den Landtagswahlen der damaligen Periode noch wesentlich ausgeprägter zu Tage trat als bei der Bundestagswahl 1976 ⁵⁾. Die CDU/CSU verspielte das Vertrauenskapital von 1976 schnell. Es be-

⁴⁾ W. Kaltefleiter, Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Bonn 1973.
⁵⁾ W. Kaltefleiter, Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, Berlin 1977; sowie ders., Der Gewinner hat nicht gesiegt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 50/76, S. 3—35.

gann mit dem Kreuther Wintertheater ⁶⁾, das in eine permanente Führungsdiskussion innerhalb der Union überging, die schließlich zu der Nominierung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten im Sommer 1979 führte. Damit hatte die CDU/CSU de facto auf die Möglichkeit eines Wahlerfolges von 1980 verzichtet, und die Wahlniederlage 1980 entsprach diesen Erwartungen. Langfristig ist jedoch von Bedeutung zu wiederholen, daß schon damals, was das Image der Parteien und andere für das Wählerverhalten wichtige Faktoren, insbesondere die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und die entsprechende Lösungskompetenz der Parteien betraf, die CDU/CSU in einer besseren Position war als die SPD. Allein das hohe Ansehen von Schmidt und die ebenso ausgeprägte Ablehnung von Strauß entschied die Wahl 1980 für die damalige Koalition ⁷⁾.

Dieses Wahlergebnis von 44,5 Prozent 1980 für die CDU/CSU entsprach jedoch bei weitem nicht ihrem Potential, das nach dem Abtreten von Strauß als Kanzlerkandidaten wieder zum Tragen kam. Für die weitere politische Entwicklung waren drei Faktoren von Bedeutung: Im Gegensatz zu 1976 zeigte die

⁶⁾ W. Kaltefleiter, Vorspiel zum Wechsel, a. a. O., S. 246ff.

⁷⁾ W. Kaltefleiter, Über die Polarisierung der Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/81, S. 3—13.

Union nach 1980 Geschlossenheit, dagegen nahmen die Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien SPD und FDP sowie innerhalb der SPD deutlich zu und die wirtschaftliche Krise verschärfte sich. Die Folge war, daß der nach 1976 durch das eigene Fehlverhalten der Union gestoppte Erosionsprozeß der SPD sich fortsetzte; schon bald signalisierten die Meinungsbefragungen der Union wieder Parteistärken von über 50 Prozent. Die Landtagswahlen in Niedersachsen im März 1982⁸⁾, die wenig später erfolgte Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, wo jedes Mal die Union über 50 Prozent der Stimmen erreichte und gegenüber der Bundestagswahl 1980 etwa 10 Prozentpunkte hinzugewann, sowie die sensationelle Bürgerschaftswahl in Hamburg im Juni 1982⁹⁾, wo die CDU erstmalig in der Geschichte Hamburgs stärkste Partei wurde, bestätigten diese Befragungsergebnisse nachdrücklich.

Erneut wurde dieser gleichförmige Wähler-trend durch ein dramatisches politisches Ereignis unterbrochen: das Zerschlagen der SPD/FDP-Koalition am 17. September 1982. Dies war von einer doppelten taktischen Meisterleistung des damaligen Kanzlers Schmidt begleitet. Zunächst gelang es ihm, die FDP-Minister zum Rücktritt zu veranlassen. Damit war die Grundlage für jene Verratslegende und die darauf aufbauende Kampagne in den folgenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern gelegt. Dabei ist allerdings hinzuzufügen, daß diese taktische Meisterleistung Schmidts nur möglich wurde durch ein mit politischen Kategorien nicht zu erklärendes taktisches Fehlverhalten der FDP-Führung in doppeltem Sinne. Zunächst ist es unerklärlich, warum die FDP-Minister den Weg des Rücktritts wählten, anstatt sich von Schmidt, wie von diesem angedroht, entlassen zu lassen. Erst der Rücktritt eröffnete den Weg für die Verratslegende; eine Entlassung der FDP-Minister hätte die Schuldzuweisung über das Zerschlagen der Koalition wesentlich komplizierter werden lassen und kaum eine derartige Verratskampagne ermöglicht. Man kann

nur annehmen, daß die FDP-Minister tradierten bürgerlichen Tugenden, nach denen man freiwillig geht und man sich nicht entlassen läßt, folgten. Sie benahmten sich als Herren und wurden damit Opfer jener politischen Kampagne der SPD.

Genauso unverständlich ist es, warum der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnik diese zeitgeschichtlich so wichtigen Einzelheiten erst in der Fraktionssitzung der FDP am 28. September, also nach der Landtagswahl in Hessen, enthüllte, als diese über die Frage entschied, ob sie auf der Grundlage des neuen Regierungsprogramms Helmut Kohl am 1. Oktober zum Kanzler wählen sollte. Erst in dieser Sitzung wies Mischnik auf die Tatsache hin, daß Helmut Schmidt ihn am Vormittag des 17. September informiert hatte, daß die Koalition aus seiner Sicht gescheitert sei und daß, wenn die FDP-Minister nicht zurückträten, er sie entlassen würde. Hätte Mischnik diesen Tatbestand in der Bundestagsdebatte am 17. September unverzüglich nach Schmidt's theatralischem Auftritt enthüllt, wäre es ebenso zweifelhaft gewesen, ob die Verratskampagne je zustande gekommen wäre¹⁰⁾.

Unabhängig von den Folgen für das Wahlverhalten, die diese Kampagne hatte, ist auf die Diskrepanz dieser Kampagne mit dem Wortlaut des Grundgesetzes und den Prinzipien repräsentativer Demokratie zu verweisen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sieht ausdrücklich die Möglichkeit eines Regierungswechsels während der Legislaturperiode vor. Die Bestimmungen der Verfassung verdeutlichen, daß die Väter der Verfassung einen solchen Koalitionswechsel geradezu als etwas Normales empfanden. Schmidt und die SPD aber versuchten dieser Entwicklung den Hauch des illegitimen zu verleihen, wobei es aus Gründen der zeitgeschichtlichen Korrektheit notwendig ist anzumerken, daß das Wort „Verrat“ bei keiner bis zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik Deutschland während einer Legislaturperiode erfolgten Koalitionsumbildung gefallen ist, —

⁸⁾ W. Kaltefleiter, Warum der „Fortschrittspartei“ SPD die Wähler davonlaufen, in: Die Welt v. 23. 3. 1982.

⁹⁾ W. Kaltefleiter, Präsentation eines Bürgermeisters zeigte diesmal nicht die erhoffte Wirkung, in: Die Welt v. 8. 6. 1982.

¹⁰⁾ Vgl. auch die Darstellung von K. Bölling, Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt, Hamburg 1983, die deutlich macht, daß die letzten Wochen der Regierung Schmidt nur von taktischen Überlegungen über den optimalen Abgang beherrscht waren.

weder in der Bundespolitik, als die SPD 1966 ein Jahr nach Erhards Wahlerfolg in die große Koalition eintrat, noch in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (Koalitionswechsel der FDP zugunsten der SPD 1954 und 1966) oder in Baden-Württemberg 1966 oder Bayern 1957 ist dieser Begriff verwendet worden.

Nicht weniger bedeutsam und verfassungspolitisch ebenso problematisch war die zweite taktische Meisterleistung Helmut Schmidts, nämlich seine Forderung nach sofortigen Neuwahlen. Auch sie war eine einleuchtende Formel, indem sie auf die in der Verfassung zwar nicht vorgesehenen, die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland aber seit 1953 prägenden plebiszitären Komponenten jeder Bundestagswahl zurückgriff. War die Wahl 1980 zu einem großen Umfang auch Kanzlerwahl gewesen, so erschien es nur einleuchtend, daß ein Kanzlerwechsel nur auf der Grundlage eines frischen plebiszitären Mandates möglich sein könnte. Es ist für die veröffentlichte Meinung in Deutschland kennzeichnend, daß sie diese Forderung vermittelte, ohne einerseits ihren Widerspruch zu den Regeln der Verfassung deutlich zu machen oder auf die damit verbundene Verfassungsmanipulation Schmidts zu verweisen, der sein Angebot, die Vertrauensfrage zu stellen, an die Bedingung geknüpft hatte, die CDU/CSU und die FDP sollten auf ihr Verfassungsrecht verzichten, nach einer für Schmidt gescheiterten Vertrauensfrage einen anderen Kanzler zu wählen, wie es die Verfassung ausdrücklich vorsieht.

Für die Entwicklung des Wählerverhaltens ist allein wesentlich, daß beide Schritte Schmidts zu einer Emotionalisierung der Bewertung des Koalitionswechsels führten, wie das bei politischen Ereignissen in der Bundesrepublik Deutschland bislang nur einmal zu beobachten war, nämlich anlässlich des Baus der Berliner Mauer im August 1961. Die Folge war, daß die CDU/CSU für sie enttäuschende Wahlergebnisse in Hessen, Bayern und schließlich auch noch im Dezember in Hamburg hinnehmen mußte¹¹⁾. Die SPD vermochte sich in diesen Wahlen aus drei Grün-

den zu stabilisieren: erstens, weil mit dem Regierungswechsel etwa zwei Drittel der bisherigen FDP-Wähler zur SPD übergegangen waren, zweitens weil die Emotionalisierung dieser Ereignisse zunächst einen Teil der früheren SPD-Wähler von der Union zurückholte, und drittens schließlich, und das gilt insbesondere für Hamburg, auf diese Weise eine bessere Mobilisierung des SPD-Potentials möglich wurde¹²⁾. Allerdings ergaben Hochrechnungen auf der Grundlage dieser Wahlen noch immer ein Unionspotential von etwa 50 Prozent.

Mit der Konsolidierung der neuen Bundesregierung und dem Verzicht Schmidts auf eine erneute Kandidatur, dem Einlösen des Versprechens, Neuwahlen herbeizuführen und schließlich mit der Bestätigung durch das Bundesverfassungsgericht, daß der von Helmut Kohl eingeschlagene Weg zu Neuwahlen verfassungskonform war¹³⁾, rollte die am 17. September 1982 geschaffene emotionale Welle aus. Am 6. März 1983 wurde wieder ein Kräfteverhältnis gemessen, wie es vor dem Regierungswechsel bestanden hatte. Daß die CDU z. B. in Schleswig-Holstein bei den Erststimmen bis auf 0,3 Prozent ihr Kommunalwahlergebnis wieder erreichte, verdeutlicht dies ebenso wie das entsprechende Abschneiden der CDU in Niedersachsen. Wesentlich ist dabei, daß die Union von einem langfristigen Erosionsprozeß der SPD profitiert hat, der zweimal nach 1976 und dann wieder nach dem 17. September 1982 durch politische Ereignisse unterbrochen wurde. Fast 12 Prozent der SPD-Wähler von 1980, das sind etwa 5 Prozent der gesamten Wählerschaft, wechselten in der März-Wahl 1983 zur Union, während nur 3 Prozent der Unionswähler von 1980, das sind nur etwa 1,1 Prozent der gesamten Wählerschaft, sich dieses Mal für die SPD entschieden. Dies ist die wesentliche Ursache für den Triumph der CDU/CSU. Anders formuliert: die politische Entwicklung seit Anfang der siebziger Jahre hatte die „normal vote“ für die CDU/CSU auf über 50 Prozent steigen lassen; sowohl die Bundestagswahl

¹²⁾ W. Kaltefleiter, Hamburg-Wahl widerlegt nicht die guten Chancen Kohls am 6. März, in: Die Welt v. 21. 12. 1982.

¹³⁾ Vgl. P. Schiwy, Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Februar 1983 zur Bundestagswahl am 6. März 1983, Percha 1983.

¹¹⁾ W. Kaltefleiter, Gegenbewegung begann mit Koalitionsbruch, in: Die Welt v. 28. 9. 1982, und anders, Die CSU bringt die Bürger schon im vorpolitischen Raum an sich, in: Die Welt v. 12. 10. 1982.

1980 — Kandidatenproblem — als auch die Landtagswahlen von 1982 nach dem Regierungswechsel waren eine „deviating election“, also Wahlen, in denen Ad-hoc-Faktoren zu einer Abweichung vom Normalergebnis führten. Die Wahl von 1983 war dann wieder Normalwahl¹⁴⁾.

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis dieser Wahl ist, daß das Nord-Süd-Gefälle, das seit 1972 die Wahlergebnisse geprägt hat, in der überlieferten Form nicht mehr existiert. Die Stimmengewinne der CDU waren am größten in Schleswig-Holstein. Die Erklärung für diese Veränderung in der Struktur der Wählerschaft ist einfach. Ursache des Nord-Süd-Gefälles war erstens, daß die Mobilität der Wählerschaft im Norden Deutschlands größer ist, weil dort jene großen Wählergruppen, die die Stammwähler der beiden großen Parteien bilden, nur unterproportional vertreten sind: Katholiken für die CDU/CSU und

Gewerkschaftsangehörige für die SPD. Diese erhöhte Mobilität hatte aber zur Folge, daß die Besonderheiten, die das Verhalten in einer Wahl prägen, unter den Bedingungen dieser erhöhten Mobilität mehr bewegen konnten. Dies waren von 1972 bis 1980 vor allem die populären protestantischen, aus Norddeutschland kommenden Kanzler der SPD. 1983 gab es zwar noch die gleiche Mobilität, aber die SPD verfügte nicht mehr über das politische Personal, um dieses Wählerpotential anzusprechen. Die Folge war eine ausgeglichene Verteilung der Parteistärken über die Bundesrepublik Deutschland. Zwar erreicht die Union nach wie vor ihre Spitzen-ergebnisse im Süden, aber die Differenz ist nicht mehr so ausgeprägt. Dies verdeutlichen am besten die regionalen Abweichungskoeffizienten, die das Wahlergebnis eines Landes als Prozentsatz des Bundesergebnisses ausdrücken.

Tab. 3

Regionale Abweichungskoeffizienten				
Partei: CDU/CSU	Bundestagswahl 83		Bundestagswahl 80	
	Prozent	Abweichung	Prozent	Abweichung
Bundesland				
Schleswig-Holstein	46,5	95,2868853	38,9	87,4157303
Hamburg	37,6	77,0491803	31,2	70,1123596
Niedersachsen	45,6	93,4426229	39,8	89,4382023
Bremen	37,2	76,2295082	28,8	64,7191011
Nordrhein-Westfalen	45,2	92,6229508	40,6	91,235955
Hessen	44,3	90,7786886	40,6	91,235955
Rheinland-Pfalz	49,6	101,639344	45,6	102,47191
Baden-Württemberg	52,6	107,786885	48,5	108,988764
Bayern	59,6	122,131148	57,6	129,438202
Saarland	44,8	91,8032787	42,3	95,0561798
Ges. Prozent	48,8		44,5	

Partei: SPD	Bundestagswahl 83		Bundestagswahl 80	
	Prozent	Abweichung	Prozent	Abweichung
Bundesland				
Schleswig-Holstein	41,7	109,162304	46,7	108,857809
Hamburg	47,4	124,08377	51,7	120,51282
Niedersachsen	41,4	108,376963	46,9	109,324009
Bremen	48,7	127,486911	52,5	122,377622
Nordrhein-Westfalen	42,8	112,041885	46,8	109,090909
Hessen	41,6	108,900524	46,4	108,158508
Rheinland-Pfalz	38,4	100,52356	42,8	99,7668997
Baden-Württemberg	31,1	81,4136126	37,2	86,7132867
Bayern	28,9	75,6544503	32,7	76,2237762
Saarland	43,8	114,659686	48,3	112,587413
Ges. Prozent	38,2		42,9	

¹⁴⁾ A. Campbell, P. E. Converse, W. E. Miller, E. D. Stokes, Elections and the Political Order, New York, London, Sydney 1967, S. 9ff.

Das Klima dieser Wahl war bestimmt durch die wirtschaftspolitischen Themen. Fast 50 Prozent der Wählerschaft nannten die Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftspolitische Themen als die wichtigsten Probleme der Bundesrepublik Deutschland heute. Der Versuch, die Bundestagswahl zu einer „Raketwahl“ zu machen, scheiterte. Nur 14 Prozent nannten derartige außen- und sicherheitspolitische Themen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik wurden die CDU/CSU und auch der Kanzler Helmut Kohl deutlich kompetenter eingeschätzt als die SPD und ihr Kandidat

Vogel. Über 55 Prozent vertrauten der Union in diesem Bereich, nur fast 35 Prozent der SPD. Noch wichtiger war aber, daß der Regierungswechsel einen Stimmungsumschwung eingeleitet hatte, der sich bis zum Wahltag ständig verstärkte. Mit wachsendem Optimismus, daß es wieder besser werden würde, blickte man in die Zukunft, auch wenn man die gegenwärtige Situation noch sehr skeptisch betrachtete. Die Wahlaussage der CDU, daß es mit Deutschland wieder aufwärts gehen und man mit ihr den Aufschwung wählen solle, entsprach voll dieser Stimmungslage.

II. Rettung der FDP?

Die FDP ist in den Bundestag zurückgekehrt — jedoch als Darlehensnehmer der CDU/CSU. Das verdeutlicht nicht nur die Diskrepanz zwischen Erst- und Zweitstimmen und das Ausscheiden der FDP aus dem Rheinland-Pfälzischen und Schleswig-Holsteinischen Landtag, sondern auch alle Popularitäts- und Sympthiemessungen für die Partei und ihren Vorsitzenden Genscher. Mißt man die Sympathie, die einer Partei oder einem Politiker entgegengebracht wird, auf einer Elfpunkteskala, so erhielt die FDP diesmal nur vier Punkte;

1980 waren es noch fast sechs Punkte. Im Vergleich dazu kam die SPD auf gut sechs, die CDU auf sieben Punkte. Genscher und auch Lambsdorff kamen ebenfalls auf etwa vier von möglichen elf Punkten, Kohl dagegen auf sieben und Vogel auf sechs Punkte (siehe Tabelle 4).

Entsprechende Bewertungen erzielten die Parteien und Politiker, wenn man nach dem gleichen Instrumentarium die Kompetenz mißt: Für Kohl lautet der Wert 6,9, für Vogel

Tab. 4

Sympathieeinschätzung der Parteien und Politiker 1983 Nach Wahlabsicht und Parteianhängerschaft.										
Partei/Politiker	Alle Befragten	Wahlabsicht				Parteianhängerschaft				
		CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PWW
CDU	7,0	9,7	3,8	7,4	2,8	9,9	3,8	7,2	2,3	6,5
CSU	5,7	9,3	2,3	6,1	1,4	9,6	2,2	5,8	1,3	5,2
SPD	6,3	4,7	9,7	5,1	6,4	4,2	9,6	5,5	5,7	6,2
FDP	4,0	4,5	2,9	6,9	1,9	4,8	2,8	7,3	1,8	3,9
Grüne	1,9	1,3	2,6	2,1	8,2	1,3	2,6	2,0	8,4	2,4
Kohl	6,9	9,2	4,1	7,1	2,5	9,5	4,0	6,8	2,3	6,7
Stoltenberg	6,5	8,4	4,5	7,3	3,4	8,9	4,5	7,0	2,5	6,1
Strauß	4,7	8,6	1,8	5,5	1,2	9,0	1,8	4,8	1,3	4,4
Vogel	6,2	4,5	9,2	5,4	7,3	4,0	9,0	6,1	6,6	6,1
Brandt	4,8	2,5	8,2	3,2	7,2	2,2	8,3	4,3	6,6	4,9
Schmidt	7,8	5,9	10,3	7,3	7,3	5,7	10,5	8,0	7,1	7,5
Genscher	3,9	5,2	2,2	6,6	1,8	5,6	2,0	6,0	1,8	3,7
Lambsdorff	4,1	5,4	2,4	6,3	1,9	5,6	2,3	6,4	1,9	3,8
Baum	4,4	4,0	4,6	5,5	6,2	4,0	4,5	5,9	6,2	4,3
Kelly	2,1	1,4	2,9	2,3	8,0	1,3	2,8	2,8	7,8	2,4

1 = nicht sympathisch, 11 = sehr sympathisch

6,2, für Genscher 3,9 und für Lambsdorff 4,1. Die CDU erhält 7,8 Punkte, die SPD 6,5, die FDP jedoch nur 4,1 (siehe Tabelle 5). Bemerkenswert sind in beiden Tabellen die hohen Werte für Schmidt; er war eine Art Schattenkanzler in dieser Wahl.

Gut 4 Prozent von eigentlich CDU/CSU-Wählern haben die FDP in den Bundestag gebracht, nicht weil sie die FDP besonders mögen, sondern weil sie auf Nummer Sicher gehen wollten, weil sie nicht glauben mochten, was tatsächlich möglich war, nämlich daß die Union allein die Mehrheit gewinnen würde. Ein zweiter Grund für dieses Stimmensplitting war, daß diese Wähler in der Lambsdorff-Partei eine Art Rückversicherung dafür sahen, daß die CDU/CSU sich zu anfällig zeigen würde gegen Versuchungen einer großen Volkspartei: Der Streit um die Frage der Rückzahlung der Zwangsanleihe, so unwichtig er in der Sache sein mag, hatte dafür symbolischen Charakter. Wie bis 1966, gewann die FDP Wählerstimmen aus jenem Bereich, der eine CDU-geführte Regierung wollte, aber in dieser Regierung einen zusätzlichen Schutz gegen zuviel Umverteilung suchte. Schließlich entpuppte sich, wie schon 1965 und 1980, der nach Bonn drängelnde Franz Josef Strauß als der beste Wahlhelfer der FDP.

Wie sehr dieses Stimmensplitting von gezieltem politischen Kalkül, ja vom strategischen Einsatz der Möglichkeiten des Wahlgesetzes bestimmt war, zeigt eine Analyse der Wählerschaft, die mit ihrer Zweitstimme die FDP gerettet hat. Das war das wohlhabende Bildungsbürgertum: Unter denen, die als Ausbildung ein Abitur oder ein Studium haben, und unter denen, die sich selbst den oberen Mittelschichten oder gar der Oberschicht zurechnen, betrug der FDP-Zweitstimmenanteil über 20 Prozent.

So erleichtert die FDP-Führung über die Rückkehr in den Bundestag sein mag und so sehr an den vorausgegangenen Wahlergebnissen in Hessen, Bayern und Hamburg diese 7,0 Prozent als ein Erfolg verstanden werden mögen, von einer dauerhaften Stabilisierung der FDP kann man noch nicht sprechen. Dagegen spricht nicht nur, daß der FDP die Rückkehr in den Deutschen Bundestag nur mit Hilfe eines Darlehens aus den Reihen der CDU/CSU-Anhänger gelungen ist, sondern auch die Tatsache, daß es das zweitschlechteste Ergebnis der FDP in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist. Nur 1969, als sie nur vorsichtig ihre Koalitionsabsicht mit der SPD zu erkennen gegeben hatte, war sie mit 5,8 auf einen niedrigeren Stand gesunken.

Tab. 5

Kompetenzeinschätzung von Parteien und Politikern 1983 Nach Wahlabsicht und Parteianhängerschaft										
Partei/Politiker	Alle Befragten	Wahlabsicht				Parteianhängerschaft				
		CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	PWW
CDU	7,8	9,8	5,1	8,4	4,3	9,9	5,2	7,9	4,2	7,2
CSU	6,8	9,6	4,1	7,5	3,0	9,7	4,1	7,1	3,1	6,0
SPD	6,5	5,2	9,3	5,4	6,7	4,9	9,3	5,9	6,0	6,3
FDP	4,1	4,6	3,1	7,2	2,6	4,9	3,1	7,3	2,9	3,8
Grüne	1,9	1,4	2,2	1,8	7,5	1,3	2,2	1,9	6,4	2,2
Kohl	7,5	9,5	5,1	7,5	4,6	9,6	5,2	7,1	4,5	7,5
Stoltenberg	7,0	8,9	5,3	7,7	4,5	9,4	5,3	7,6	3,8	6,5
Strauß	7,7	9,7	4,8	8,6	3,6	9,8	5,0	8,2	4,7	6,4
Vogel	6,7	5,3	9,1	5,9	7,3	4,9	9,1	6,5	6,8	6,5
Brandt	5,3	3,7	8,2	4,4	7,4	3,2	8,2	4,9	7,5	5,2
Schmidt	8,2	6,7	10,2	7,9	7,9	6,5	10,3	8,1	7,9	7,7
Genscher	5,0	6,0	3,9	7,8	3,6	6,2	3,8	7,4	3,9	4,5
Lambsdorff	4,9	5,9	3,8	7,2	3,3	6,1	3,8	7,3	3,4	4,5
Bäum	4,6	4,3	4,7	5,3	5,8	4,2	4,6	5,8	5,9	4,7
Kelly	2,3	1,6	2,8	2,7	7,5	1,4	2,8	3,0	7,1	2,7

1 = nicht kompetent, 11 = sehr kompetent

Die Stammwählerschaft der FDP beträgt nur noch ca. 2 Prozent. Die Frage ist, ob sie das von der CDU/CSU gewährte Darlehen, um im Bilde zu bleiben, in Eigenkapital umwandeln kann.

Die Frage der Stabilisierung der FDP wird durch die künftige Regierungspolitik und die Rolle, die CDU/CSU und FDP darin spielen, bestimmt werden. Die Profilierungschance der Freien Demokraten liegt in der Betonung klassisch-liberaler Prinzipien, das heißt in erster Linie in der Beachtung von ordnungspolitischen Grundsätzen, die die Marktwirtschaft und eine entsprechende Gesellschaftsordnungspolitik kennzeichnen, wenn — und das muß betont werden — die CDU/CSU ihr dazu Gelegenheit bietet. Dagegen müssen alle Versuche der FDP, weiter ihre modisch-liberalen Themen zu betonen, die sie in ihrer Koalition mit der SPD gepflegt hatte, insbesondere im

Hinblick auf die Rechtspolitik, für eine Stabilisierung der FDP eher als kontraproduktiv betrachtet werden. Sie werden tiefverwurzelte Zweifel unter den Unionssympathisanten, ob man der Wende-FDP auch wirklich trauen könnte, nur verstärken und diese davon abhalten, auf Dauer zur FDP zu wechseln und sich mit ihr zu identifizieren. Das aber bedeutet zugleich, daß es wesentlich von der Politik der Union abhängt, ob der FDP die langfristige Stabilisierung gelingt: Je stärker die Führung der Union glaubt, sozialpopulistische Forderungen vertreten zu müssen, je mehr sie den Kurs der Partei von Vorstellungen der katholischen Soziallehre bestimmen läßt, je stärker der erkennbare Einfluß der Sozialausschüsse — im Jargon jener CDU-Anhänger, die der FDP das Darlehen zeichneten: Herz-Jesu-Sozialisten — ist, desto größer sind die Stabilisierungschancen für die FDP.

III. Die Niederlage der SPD

Wie der Erfolg der Union hat auch die Niederlage der SPD langfristige Ursachen und ist weniger mit den Ereignissen der letzten Wochen zu begründen. Zunächst ist es wichtig, daß die SPD in zwei Richtungen verloren hat: an die politische Mitte zur CDU/CSU und dann an die linke Peripherie zu den Grünen. Im Vergleich zu 1980 konnte sie Wähler in erwähnenswerten Mengen nur aus dem Bereich der FDP hinzugewinnen, nämlich die auf eine SPD/FDP-Koalition eingeschworenen Wähler der FDP von 1980.

Mit 38,2 Prozent ist die SPD auf ein Niveau abgerutscht, das sie zu Anfang der sechziger Jahre erreicht hatte, also wenige Jahre nachdem sie mit dem Godesberger Programm den Ausbruch aus dem Turm einer Mitte-Dreißig-Prozent-Partei der Weimarer Republik begonnen hatte. 1961 hatte sie es auf 36,2 Prozent gebracht, 1965 auf 39,3¹⁵⁾. Um das Dilemma der SPD zu verstehen, ist es notwendig, in diese Zeit zurückzugreifen.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der ersten Bundestagswahl

von 1949 war die SPD die Rolle der Opposition zugewiesen worden. Dieser Rollenzuweisung wie ihrer eigenen programmatischen ideologischen Vorstellung entsprach es, daß sie die Grundpfeiler der Politik, auf die Konrad Adenauer und Ludwig Erhard die Bundesrepublik Deutschland aufbauten, nicht nur ablehnte, sondern vehement bekämpfte: die marktwirtschaftliche Organisation einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnisssystem, in die Gemeinschaft freier Völker. Es war nicht so sehr sozialdemokratische Einsicht, sondern das Lernen an den herben Niederlagen von 1953 und 1957, die die SPD veranlaßten, zunächst mit dem Godesberger Programm und dann mit der großen außenpolitischen Rede Herbert Wehners vom Juni 1960 diese Grundpfeiler der deutschen politischen Ordnung als die Voraussetzungen der Politik einer SPDgeführten Regierung zu akzeptieren. Dabei waren gerade im Godesberger Programm Formulierungen verwendet worden, die vielfältig interpretierbar waren, die aber insgesamt den Eindruck erwecken konnten, und dies zusammen mit anderen Maßnahmen, insbesondere der Nominierung von Willy Brandt, als öffnete sich die SPD der politischen Mitte.

¹⁵⁾ W. Kaltefleiter, Konsens ohne Macht? Eine Analyse der Bundestagswahl vom 19. September 1965, in: Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Köln u. Opladen 1966, S. 14—63.

Chancen und Risiken dieser Politik zeigten sich in den sechziger Jahren. Sie war begleitet von einem ständigen Anstieg der SPD. Von Bundestagswahl zu Bundestagswahl seit 1957, der letzten Wahl vor dem Godesberger Programm, stieg sie von 31,8 Prozent auf 42,7 Prozent in der Bundestagswahl 1969, um dann 1972 mit 45,8 Prozent den größten Triumph in ihrer Parteigeschichte zu erleben, als sie zum ersten und bislang einzigen Mal stärkste Partei im Deutschen Bundestag wurde. 1966 erreichte sie mit dieser Politik die Regierungsbeteiligung in der großen Koalition. Wie sehr die Politik der SPD in jener Phase auf die Akzeptierung der von der CDU geprägten Grundlinien deutscher Politik ausgelegt war, zeigt ein Wahlplakat aus dem Jahre 1965, in dem die damalige Oppositionspartei SPD nur ein einziges Wort schrieb: Ja.

Das Risiko dieser Politik wurde 1966 beim Eintritt in die große Koalition deutlich, als sich unverzüglich die Außerparlamentarische Opposition bildete und sich aus Gruppen rekrutierte, die zum überwiegenden Teil aus der engagiertesten Anhängerschaft der SPD bestanden hatten. Der Eintritt in die große Koalition selbst wurde auf dem turbulenten Nürnberger Parteitag im Frühjahr 1968, also nach fast eineinhalbjähriger Regierungsbeteiligung, nur mit knapper Mehrheit akzeptiert¹⁶⁾.

Schon diese damaligen Ereignisse verdeutlichen ein strukturelles Problem, das später für die SPD von größerer Bedeutung werden sollte: In einem Parteiensystem wie dem deutschen, das grundsätzlich um zwei Pole organisiert ist, fällt der einen Partei die Rolle des Stabilisierens und Bewahrens, der anderen die des Veränderns zu, wobei unter Verändern in der Regel das visionäre Vermitteln von mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit und ähnlichem mehr zu verstehen ist. Damit kommt der Veränderungspartei, und das ist im deutschen Parteiensystem die SPD, die Rolle zu, jenes unruhige Segment einer modernen Industriegesellschaft, das stets auf derartige Veränderungen aus ist, ins Parteiensystem zu integrieren. Immer aber gibt es Perioden, wo diese Aufgabe von einer Veränderungspartei nicht erfüllt werden kann. Dies

war 1966 der Fall, als gerade dieser engagierte Teil ihrer Anhängerschaft den Eintritt in die große Koalition als Verrat empfand.

Die Periode der großen Koalition war zu kurz, als daß die Außerparlamentarische Opposition zu einer Gruppierung hätte werden können, die auch Resonanz innerhalb der Wählerschaft finden konnte. Mit dem Regierungswechsel von 1969 und mit den damals von Willy Brandt gezüchteten großen Erwartungen („Wir fangen erst richtig an“, „Mehr Demokratie wagen“, usw.) gelang es bald, die Außerparlamentarische Opposition wieder in die SPD zu integrieren. Damit jedoch waren die Grundlagen für jenes Strukturproblem gelegt, das die SPD schließlich in die Niederlagen des Jahres 1983 geführt hat.

Die Integration der Außerparlamentarischen Opposition in die SPD verlagerte den Konflikt mit der Außerparlamentarischen Opposition in die SPD. Vereinfacht formuliert: Aus der APO wurde die innerparteiliche Opposition der SPD, beziehungsweise verstärkte diese; es begann jener Marsch durch die Institutionen, in dessen Verlauf die Vertreter des engagierten linken Flügels in den siebziger Jahren nicht nur zahlreiche Positionen innerhalb der SPD erobern konnten, sondern auch langsam aber stetig eine programmatische Entwicklung der SPD einleiteten, bei der man streiten konnte, ob sie durch die Formulierungen des Godesberger Programms abgedeckt waren; zweifelsohne aber waren sie nicht abgedeckt von dem Verständnis über die Programmatik der neuen SPD, das jene Wähler kennzeichnete, die nach dem Godesberger Programm von der SPD hinzugewonnen worden waren. Diese Wähler waren durch den für sie politisch attraktiven Wirtschaftsminister Karl Schiller für die SPD gewonnen worden, der 1971 gegen die Umverteilungspolitik seiner Partei mit den Worten: „Genossen, laßt die Tassen im Schrank“ warnte, um wenig später resignierend zurückzutreten. Mit diesen programmatischen Diskussionen waren jene innerparteilichen Auseinandersetzungen verbunden, die eine so wesentliche Grundlage für den Erosionsprozeß der SPD-Wählerschaft zugunsten der CDU/CSU waren.

Diese innerparteilichen Auseinandersetzungen beeinflussten die Regierungspolitik jedoch

¹⁶⁾ P. Arendt, Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966—1975, Bonn 1975, S. 86.

kaum. Insbesondere seit der Übernahme des Kanzleramtes durch Helmut Schmidt im Mai 1974, der sich im weiten Umfange an den Sachzwängen und den Notwendigkeiten einer Koalitionsregierung mit der FDP orientierte. Die Folge war ein wachsendes innerparteiliches Spannungsverhältnis zwischen der Politik des Bundeskanzlers und den politischen programmatischen Vorstellungen eines wachsenden Teils seiner eigenen Partei. Anders formuliert: Je länger die SPD an der Regierung war, desto größer wurde ein Frustrationspotential jener engagierten Anhänger einer Veränderungs-Partei, die sich an der Diskrepanz zwischen sozialistisch visionären Veränderungswünschen und den Möglichkeiten sozial-demokratischer Politik in einer Koalitionsregierung rieben.

Dieses Frustrationspotential wuchs mit der Regierungsdauer der SPD in Bonn und suchte sich Ventile. Ein erstes Ventil war die langsame, aber stetige politisch-programmatische Entwicklung der SPD, die einen spektakulären Höhepunkt auf dem Münchner Parteitag im April 1982 fand und die sich wiederum an jenen beiden Grundpfeilern deutscher Politik entzündete, auf die Adenauer und Erhard die Bundesrepublik Deutschland gegründet, die von der SPD zunächst bekämpft und dann akzeptiert und schließlich wieder in Frage gestellt wurde. Der erste Komplexbereich — Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — war in München Gegenstand einer umfangreichen Debatte. Wesentlich an dieser Debatte ist, daß der Bundeskanzler Schmidt sich an ihr nicht beteiligte, obwohl er wie kein anderer Kanzler der Bundesrepublik Deutschland außer Ludwig Erhard die ökonomische Kompetenz für sich in Anspruch nahm. Das Ergebnis waren eine Reihe von Beschlußfassungen und Empfehlungen, die mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht vereinbar waren. Ihre Kommentierung durch den Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff als „Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge“¹⁷⁾ sagt nicht nur manches über das zu jenem Zeitpunkt bestehende Koalitionsklima zwischen SPD und FDP aus, sondern charak-

terisiert durchaus treffend die ordnungspolitische Einordnung jener Beschlüsse.

Der zweite Grundpfeiler, die Integration der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnissystem, hat in den letzten Jahren eine neue Aktualisierung durch den sogenannten Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 gewonnen. Am Zustandekommen dieses Beschlusses war der damalige Bundeskanzler Schmidt maßgeblich beteiligt gewesen, und auf dem Parteitag der SPD im Dezember 1979 in Berlin hatte er nach engagiertem Kampf für diesen Beschluß eine breite Mehrheit seiner Partei gefunden. Sehr bald wuchs jedoch der Widerstand innerhalb der SPD gegen diesen Beschluß, und im Jahre 1981 drohte der damalige Bundeskanzler Schmidt mehrmals auf regionalen Parteitagen mit seinem Rücktritt für den Fall, daß die SPD ihm in dieser Frage die Gefolgschaft verweigern sollte. Auf dem Münchener Parteitag stellte man diese Thematik gar nicht mehr zur Abstimmung, weil es zu offensichtlich war, daß eine Unterstützung der Politik des Bundeskanzlers in dieser Frage entweder nur eine sehr knappe oder keine Mehrheit gefunden hätte.

Diese politisch-programmatische Entwicklung der SPD ist zugleich die Ursache für das Scheitern der SPD/FDP-Koalition. Mit dem Münchener Parteitag und den dortigen Beschlüssen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie der dortigen Behandlung des NATO-Doppelbeschlusses hatte eine langjährige Entwicklung ihren vorläufigen Abschluß gefunden, mit der sich die SPD als Partei de facto aus der Regierung zurückgezogen hatte, die sie formal noch trug. Damit war es nur noch eine Frage der Zeit, wann die Koalition tatsächlich zerbrechen würde. Den Anlaß bildete dann der Streit um den Haushalt 1983, die Ursache aber liegt in den programmatisch-politischen Entwicklungen der SPD. Dies wird besonders deutlich, wenn man den letzten Streit dieser Koalition um das Konzept von Wirtschaftsminister Lambsdorff zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft analysiert. Die dortigen Vorschläge zur Sanierung der deutschen Volkswirtschaft liegen durchaus auf einer Linie mit den Gedanken, die die drei Vorgänger von Lambsdorff im Amt des Wirtschaftsministers in dieser Koali-

¹⁷⁾ Zeit-Gespräch mit Otto Graf Lambsdorff, in: Die Zeit, 7. 5. 1982.

tion artikuliert haben, nämlich Friederichs, Schmidt und Schiller. Aber diese Einzelheiten wurden nicht mehr diskutiert. Die SPD empfand diese Vorschläge schlicht als eine Provokation, und Schmidt gelang es dann noch, der FDP den Schwarzen Peter für das Scheitern zuzuspielen.

IV. Die Grün/Alternative Protestbewegung

Die Entstehung der Grünen/Alternativen kann wie jedes politische Ereignis nur erklärt werden, wenn man zwischen Anlaß und Ursache unterscheidet. Anlaß waren zunächst konkrete Umweltprobleme, also Probleme der Kommunal- oder vielleicht Landespolitik mit unterschiedlicher Ausprägung. Durch den Protest gegen die Kernenergie, später die Startbahn West des Frankfurter Flughafens und die Fusion mit der Friedensbewegung erlangten sie ein bundeseinheitliches Thema. Aber die Anlässe kanalisiert nur, was in der wachsenden Frustration innerhalb der SPD während der Regierungszeit dieser Partei begründet war. Der Einzug der Grünen in die Landtage seit 1978 und jetzt in den Bundestag ist der Höhepunkt dieser Entwicklung.

Daß den Grünen der Einzug ins Parlament gelang, wird zunächst nur bedeuten, daß das Bundestagspräsidium demnächst etwas mehr Mühe haben wird, die Sitzungen des Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung zu leiten. Für die SPD bedeuten die Grünen im Bundestag die institutionalisierte Versuchung, sich um Randgruppenprobleme zu kümmern und dabei den Mehrheitskonsens der politischen Mitte zu verspielen.

Formal hat die SPD zwei Optionen: Sie kann, wie einst nach dem Godesberger Programm, auf die von der CDU bestimmten Grundlinien der deutschen Politik einschwenken und versuchen, als Volkspartei die politische Mitte wieder zurückzuerobern. Die Folge wäre zunächst eine Stabilisierung der Grünen — das wäre insbesondere der Fall bei der Bildung einer großen Koalition, wie sie vor dem Wahlergebnis vom 6. März gelegentlich diskutiert wurde, nach diesem Wahlergebnis aber nicht mehr zur Diskussion steht.

Das zweite Ventil für die innerparteiliche Opposition der SPD waren die Abspaltungen; hier sind die Namen der beiden früheren Bundestagsabgeordneten Coppik und Hansen als die Spitze eines Eisberges zu betrachten. Das dritte und wesentlichste Ventil war das Entstehen der Grünen/Alternativen.

Die zweite Möglichkeit ist, daß die SPD sich um die Grünen bemüht, mit der Folge, daß sie die politische Mitte nicht erreichen kann. Schon nach dem Verlust des Regierungsamtes in Bonn hatte sich die SPD für die zweite Option entschieden. Mit dieser Politik hat sie auch erste Erfolge erzielt, wurde doch das Grüne Potential im Herbst letzten Jahres noch auf acht Prozent geschätzt; zur Bundestagswahl haben sie nur noch gut fünf Prozent erzielt. Eine Woche später gelang es der SPD in Schleswig-Holstein, die sich dort besonders stark auf die linke Peripherie orientiert, den Grünen den Einzug in den Landtag zu verwehren.

Die SPD wird, wenn sie fortfährt, für das grüne Wählerpotential symbolische Positionen zu übernehmen — zum Beispiel das Nein zu einem Vollzug des Nachrüstungs-Doppelbeschlusses und ein Nein zur Kernenergie —, gute Chancen haben, diese Gruppen in die SPD und damit in das etablierte Parteiensystem zurückzuführen, freilich um einen doppelten Preis: Die Bundesrepublik Deutschland wird in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch der Wirtschaftspolitik keinen Konsens zwischen den großen Parteien mehr kennen, wie das in den fünfziger Jahren schon einmal der Fall war. Die SPD fand den Weg in die Regierungsbeteiligung (große Koalition) und später zur Regierungsführung, nachdem sie die beiden Eckpfeiler der Ordnung der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert hatte, und sie verlor die Macht wieder, als die Partei in beiden Bereichen innenpolitisch kontroverse Auffassungen entwickelt und ihre Haltung nach außen zunehmend unklar wurde. Dies führte bereits bei der Wahl am 6. März dazu, daß eine

merkwürdige „große Koalition“, bestehend aus den italienischen und französischen Sozialisten, den gemäßigten Demokraten und den Republikanern der USA und schließlich den englischen und norwegischen Konservativen auf einen Sieg der Union hofften.

Der zweite Preis, den die SPD für dieses Umwerben der Grünen zu zahlen hat, ist, daß sie den Mehrheitskonsens der politischen Mitte verspielt, der soziale Gruppierungen wie große Teile der Arbeiterschaft einschließt. Dies ist für die SPD kein neues Problem. Schon im November 1981 ist diese Frage in der Kontroverse zwischen Richard Löwenthal und Willy Brandt in der Neuen Gesellschaft ausgetragen worden¹⁸⁾. Während Löwenthal die Orientierung an der politischen Mitte

propagiert, votierte Brandt für das Bemühen um Reintegration der Grünen und Alternativen. Kurzfristig gibt es für die SPD keine Lösung aus diesem Dilemma. Mit der Entscheidung für das Umwerben der Grünen und Alternativen leistet sie zunächst einen Beitrag zur Stabilisierung des deutschen Parteiensystems. Aber diese Integration der Grünen kann nicht von heute auf morgen geschehen.

Es reicht nicht aus, daß die Grün/ Alternativen demnächst wieder aus den Parlamenten verschwinden, sondern sie müssen so stabil in die SPD zurückgeführt werden, daß die Partei sich wieder der politischen Mitte öffnen kann, ohne sofort an die linke Peripherie zu verlieren. Das kann Jahre dauern, Herbert Wehner sprach von 15.

V. Rückwirkungen auf das demokratische System

Demokratie lebt vom Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Indem die SPD wieder, wie in den fünfziger Jahren, auf Distanz zu den wichtigsten Grundelementen der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gegangen ist — und wenn sie dies in ihren Integrationsbemühungen gegenüber den Grünen weiterhin verfolgen wird —, entsteht erneut die Gefahr einer strukturellen Asymmetrie des Parteiensystems, wie es bis Mitte der sechziger Jahre der Fall war.

Diese Asymmetrie des Parteiensystems wird auch dadurch verstärkt, daß die FDP auf überschaubare Zeit die Option für einen erneuten Koalitionswechsel nicht mehr hat. Sie kann sich nur an der Seite der CDU/CSU stabilisieren. Wenn sie sich dort stabilisiert, bedeutet dies zugleich eine Koalitionsbindung über Jahre hinaus. Der Koalitionswechsel im Herbst 1982 hat die Struktur der Mitgliedschaft der FDP verändert bzw. wird dies noch verstärkt bewirken. Die Entwicklung in Hamburg und Berlin, wo in relativ kurzen Abständen eine klare Parteitagsmehrheit für eine Koalition mit der SPD zu einer ebenso klaren Parteitagsmehrheit für eine Koalition mit der CDU wurde, verdeutlicht dies. Auch in ande-

ren Landesverbänden sind diese Tendenzen erkennbar, nachdem bereits im Sommer 1982 in Hessen die ersten Vorboten dieser Entwicklung sichtbar wurden. Das Dilemma der SPD und die zu erwartende langfristige Koalitionsbindung der FDP an die Union hat zugleich zur Folge, daß dieses Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition außer Kraft gesetzt oder zumindest in Frage gestellt ist. Damit wird das Dilemma der SPD zu einem Dilemma der deutschen Demokratie.

Hier ist aber auch daran zu erinnern, daß dieses Dilemma eine institutionelle Ursache hat. Die Tatsache, daß die Veränderungspartei SPD so anfällig gegenüber Verlusten an der linken Peripherie ist, ist natürlich auch in der unzureichenden institutionellen Absicherung des deutschen Parteiensystems durch das Wahlrecht begründet. Nach der NPD sind die Grünen die zweite Gruppierung, die demonstriert hat, daß die 5%-Klausel kein ausreichender Schutz zur Stabilisierung dieses Parteiensystems ist. Zwar garantiert die Rückkehr der FDP in den Bundestag, und damit die Fortsetzung der CDU/CSU-FDP-Koalition, daß es auch in Zukunft keine ernsthafte Debatte um die Reform des Wahlrechts geben wird, vielleicht aber erkennt die SPD — anders als während der Wahlrechtsdebatte der großen Koalition —, daß gerade in ihrem Interesse eine solche Wahlreform liegt, die u. a.

¹⁸⁾ W. Brandt, Sozialdemokratische Identität, R. Löwenthal, Identität und Zukunft der SPD, in: Die Neue Gesellschaft, Dezember 1981, S. 1065—1069 bzw. 1085—1089.

große demokratische Parteien vor Abspaltungen an ihrer Peripherie schützt.

Ein zweites Verfassungsproblem bleibt anzusprechen: Wenn auch das Bundesverfassungsgericht die Auflösung des Deutschen Bundestages in der von Helmut Kohl gewählten Form für verfassungskonform erklärt hat, so haben die Entwicklungen vom Herbst 1982 bis zur Bundestagswahl 1983 dennoch gezeigt, daß die in der Verfassung gewählten Regelungen zumindest problematisch sind und nicht unbedingt den Anforderungen des Regierungssystems entsprechen. Hierbei ist zu bedenken, daß die von dem Parlamentarischen Rat gewählten Formulierungen entstanden sind vor dem Hintergrund, daß man ein Vielparteiensystem Weimarer Provenienz erwartete. Bei einem solchen Parteiensystem sollte die Möglichkeit der Parlamentsauflösung erschwert werden, weil, und gerade das hatte Weimar mehrfach gezeigt, unter solchen Bedingungen ein wirklich klärendes Wählervotum ohnehin nicht zu erwarten ist. Bei einem derartigen Parteiensystem müßten sich die Parteien in Koalitionen zusammenschließen; vorzeitige Neuwahlen sind kein Lösungsinstrument.

Diese Erwartungsstruktur des Parlamentarischen Rates wurde jedoch durch die Entwicklung des deutschen Parteiensystems schon in den fünfziger Jahren überholt. Spätestens seit 1961 hat sich in der Bundesrepublik Deutschland ein fast alternatives Parteiensystem angelsächsischer Prägung herausgebildet. Damit sind auch die plebiszitären Komponenten stärker und dementsprechend im Verständnis von Politikern, Parteien und auch Bevölkerung Bundestagswahlen Kanzlerwahlen geworden, ohne daß dies den Regeln der Verfassung entspricht. Dementsprechend kann auch durch die Auflösung des Bundestages ein klärendes Wählervotum erwartet werden, wie das gerade der 6. März verdeutlicht hat. Daraus folgt, daß es heute anders als 1948/49 durchaus funktionsgerecht ist, die Verfassung diesem veränderten Parteiensystem derart anzupassen, daß die Auflösung des Bundestages erleichtert wird. Zwar hat das Gericht den von Kohl gewählten Weg, eine Abstimmungsniederlage im Parlament durch Absprache mit seiner eigenen Mehrheit herbeizuführen, sanktioniert, es bleiben aber nicht nur Zwei-

fel, ob dies der Intention der Verfassungsväter entsprach, sondern auch, ob dies guter und zweckmäßiger parlamentarisch-politischer Stil ist. Allerdings kann man den Spruch des Gerichts auch als eine Verfassungswandlung verstehen, nach der in Zukunft der von Kohl gewählte Weg leichter zu beschreiten ist. Dennoch bleibt die Frage — und der Bundeskanzler hat sie selbst aufgeworfen —, ob nicht eine Verfassungsänderung die bessere Lösung sei, um Parlamentsauflösungen in Zukunft in angemessener Form zu ermöglichen.

Hierzu sind zwei Möglichkeiten denkbar. Die eine ist die von der Enquete-Kommission zur Reform des Grundgesetzes schon vor zehn Jahren vorgeschlagene Möglichkeit der Selbstauflösung des Parlaments mit qualifizierter Mehrheit¹⁹⁾. Dieser Vorschlag übersieht die Funktion des Auflösungsrechtes in einem parlamentarischen System. Mit einer solchen Regelung hätte auch Helmut Schmidt im Herbst 1982 die Auflösung nicht erzwingen können, weil selbstverständlich CDU/CSU und FDP genausowenig bereit gewesen wären, einer Auflösung zuzustimmen, wie sie nicht bereit waren, auf ihr Verfassungsrecht zur Wahl eines anderen Kanzlers zu verzichten. Gerade die Situation des Herbstes 1982 verdeutlicht, wie wenig das Recht zur Selbstauflösung des Parlamentes in solchen kritischen Situationen geeignet ist, die politische Klärung herbeizuführen.

Die Alternative ist, daß auf den Vorschlag des Bundeskanzlers der Bundespräsident den Deutschen Bundestag auflösen kann. Eine solche Verfassungsregelung gibt es in fast allen parlamentarischen Demokratien: in Italien ebenso wie in Großbritannien, den Benelux-Ländern und den Skandinavischen Ländern. Sie ist insofern funktional im Sinne des parlamentarischen Systems, als sie damit dem Bundeskanzler ein Instrument in die Hand gibt, mit dessen Hilfe er die Kohäsion seiner Regierungsmehrheit verstärken kann. Es ist fraglich, ob es zum Koalitionswechsel der FDP im Herbst 1982 gekommen wäre, wenn Helmut Schmidt über ein solches Auflösungsrecht verfügt hätte. Das heißt, die Möglichkeit

¹⁹⁾ Vgl.: Schlußbericht der Enquete Kommission, Bundestagsdrucksache VII/5924.

der Auflösung de facto durch den Bundeskanzler ist ein Element zur Stabilisierung der Regierungstätigkeit, erreicht also genau das Ziel, was der Parlamentarische Rat mit der Erschwerung der Auflösung anstrebte.

Die Unionsparteien und an ihrer Seite die FDP haben in dieser Wahl ein breites Mandat gewonnen. Wenn es ihnen gelingt, die Hoffnungen und Erwartungen der Wählerschaft, die dieses Mandat gegeben hat, auch nur vorsichtig zu erfüllen, wird die am 6. März erfolgte Machtzuweisung über mehrere Legislaturperioden hinausreichen. Dabei ist eine Wechselwirkung zwischen den politisch Handelnden und der Normenstruktur in der Bevölkerung unübersehbar. Je stärker in den letzten Jahren der soziale Versorgungsstaat ausgebaut wurde, je weniger das Prinzip der Eigenverantwortung, der Leistungsorientierung und der Pflichterfüllung als Eckpfeiler eines gesellschaftlichen Normensystems anerkannt wurde, desto geringer wurde einerseits die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems und desto stärker wurde andererseits dieses Ordnungssystem in Frage gestellt. Die Suche der Grünen nach „neuen Antworten“, nach Lösungen, die anders sind als die der fünfziger Jahre, ist unmittelbar Folge einer Politik, die von dem Ordnungskonzept der fünfziger Jahre abgewichen war.

Damit ist das entscheidende inhaltliche Mandat des Wahlerfolges der Union und ihrer FDP-Klientel umschrieben: die ordnungspoli-

tischen Daten wieder so zu setzen, daß sie ein auf Eigenverantwortung, Leistungsorientierung und Pflichterfüllung gerichtetes Normensystem fördern. Die Stabilisierung der außenpolitischen Orientierung wird damit automatisch eintreten; denn wer dieses Normensystem inhaltlich akzeptiert, für den ist die politische Grundausrichtung in die Gemeinschaft freier Völker eine Selbstverständlichkeit, die weder Äquidistanz zu Washington und Moskau, noch Mittlerkonzepte zwischen Ost und West und erst recht keinen Antiamerikanismus kennt. In diesem Sinne darf Helmut Kohl, wenn er langfristig Erfolg haben will, nicht nur der Enkel Adenauers, er muß auch der Enkel Ludwig Erhards sein.

Helmut Kohl hat in seinem Kabinett Fachleute, die den Mut zur Freiheit in Wirtschaftspolitik umzusetzen wissen. Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland wird entscheidend dadurch bestimmt, ob das Mandat vom 6. März entschlossen für eine neue Politik und geistig-moralische Führung genutzt wird. Gelingt dies nicht, dann kann das breite Mandat vom 6. März auch verspielt werden. Dies aber wäre angesichts des strukturellen Dilemmas der SPD und damit der zur Zeit fehlenden mehrheitsfähigen Alternative zur gegenwärtigen Regierung eine schwere Belastung der demokratischen Ordnung. In diesem Sinne geht die Verantwortung der Regierung aus CDU/CSU und FDP, ihr zum Erfolg verurteilt sein, weit über die Wahlchancen dieser beiden Parteien hinaus.

Zwischen Stabilität und Wandel

Das politische System nach dem 6. März 1983

Gewinnerin der Bundestagswahl vom 6. März 1983 war nicht nur die Union, sondern nach ihren eigenen Verlautbarungen auch die Demoskopie. Allen voran bezeichnete Elisabeth Noelle-Neumann in einem Spiegel-Gespräch (Nr. 11/83 vom 14. März 1983) ihre Prognose als „gut gelungen“ und ließ sich als „Siegerin“ in diesem Wettkampf der Demoskopen feiern.

Dabei war bei keiner Wahl vorher das Verwirrspiel der offerierten Zahlen und Daten größer und für den Bürger undurchschaubarer.

Dieses Verwirrspiel führt zu Irreführungen des Wählers, wenn man bis auf Bruchteile hinter dem Komma Umfragewerte publiziert und damit beim Wähler den Anspruch von Absolutheit erweckt. Daß dies dann im Unterschied zur am Wahlsonntag wiedergegebenen „Prognose“ im Kleingedruckten als „Momentaufnahme“ bezeichnet wird, mag zwar das methodische Gewissen der Demoskopen beruhigen, dürfte jedoch nicht zu einer Klarheit beim Bürger beitragen. Und bei der Flut veröffentlichter Umfragezahlen hätte der Bürger

dann auch vor dem Wahlsonntag und nicht erst nach Schließung der Wahllokale ein Anrecht auf die Werte der letzten Umfrage.

Nach der Wahl nun so zu tun, als ob das Instrument Demoskopie zuverlässige Wahlprognosen liefern könne, ist wohl nicht ganz angemessen. Die vor den Wahlen in Hessen und Hamburg verbreiteten Zahlen zeigen eher die Grenzen der Demoskopie auf — ebenso wie die Tatsache, daß die entscheidende Frage der Wahl vom 6. März nicht von der Demoskopie beantwortet werden konnte, nämlich ob die Bundesrepublik auf dem Weg zu einem Zwei-, Drei- oder Vierparteiensystem war.

Zu fragen ist vielmehr, ob die Flut von Umfragedaten eine bewußte Beeinflussung des Wahlgeschehens leisten sollte, oder ob das Instrumentarium der Demoskopen überfordert war und ist. Damit soll nicht das Instrument Umfrage in Frage gestellt werden, denn ohne seriöse und methodisch einwandfrei durchgeführte Umfragen kann keine Wahlforschung arbeiten¹⁾.

Tabelle 1: Prognosen des Instituts für Demoskopie

	Hessen		Hamburg		Bundesgebiet	
	September 1982 ¹⁾	Endergebnis 26. 9. 1982	November 1982	Endergebnis 19. 12. 1982	März ³⁾ 1983	Endergebnis 6. 3. 1983
CDU(CSU)	50,5	45,6	43,6	38,6	47,6–50,4	48,8
SPD	33,4	42,8	42,7	51,3	35,6–37,3	38,2
FDP	5,3	3,1	2,3	2,6	5,5– 8,3	7,0
Grüne	9,4	8,0	10,5	6,8	6,3– 8,1	5,6
Sonstige	1,4	0,5	0,9	0,7	—	

¹⁾ STERN, 16. September 1982²⁾ NDR-Regionalmagazin, 19. November 1982³⁾ STERN, 2. März 1983

¹⁾ Die Probleme der Demoskopie mit exakten Prognosen sollten die Institute endlich veranlassen, politische Gewichtungen aus ihrem Werkzeugkasten zu verbannen. Statt dessen sollten die Institute offenlegen, wie sie arbeiten, welche „Rohdaten“ sie ermitteln, welche Überlegungen und Annahmen sie in ihre Bewertungen und Einschätzungen der Rohdaten im Hinblick auf mögliches Wahlverhalten eingehen lassen. Nur so können alle Spekula-

tionen unterbunden werden, mit Zahlen könnte in die politischen Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse des Wählers eingegriffen werden. Demoskopen und Wahlforscher sollten darüber nachdenken, ob nicht verfeinerte Instrumente und erweiterte Ansätze, z. B. die besondere Berücksichtigung von Strukturen des Wählerverhaltens, sinnvoll und notwendig wären, um so zu besser mit der Realität übereinstimmenden Aussagen zu kommen.

Für die Analyse und Bewertung des Wahlausgangs sind die demoskopischen Daten in der publizierten Einseitigkeit von Wahlprojektionen wenig hilfreich. Sie suggerieren nämlich eine Instabilität des Wahlverhaltens, die mit

der Wahlwirklichkeit nicht übereinstimmt. Und für den kleinen Teil der nicht festgelegten Wähler ist das Umfrageinstrumentarium zu grobmaschig, als daß es sichere Aussagen über Verhalten liefern könnte.

I. Wählerstrukturen am 6. März: Bekannte Muster aus den fünfziger Jahren

Der 6. März hat die Stabilität des Wählerverhaltens in der Bundesrepublik unterstrichen:

— Noch nie gab es in der Bundesrepublik einen Regierungswechsel durch Wahlen; der durch den Koalitionswechsel im Herbst 1982 in Bonn herbeigeführte Rollentausch zwischen Regierung und Opposition erhielt nur eine nachträgliche Bestätigung durch den Wähler.

— Die Union erreichte aufgrund ihrer festgefühten Anhängerstruktur ein Ergebnis, das fast an ihr bisheriges Stimmenmaximum bei der Bundestagswahl 1957 heranreichte.

— Die bei der SPD auf kommunaler Ebene bereits deutlich erkennbaren negativen Trendverläufe setzten sich am 6. März auch auf Bundesebene fort.

— Die FDP erhielt ihre staatspolitische Korrektivrolle vom Wähler auch diesmal wieder auf Bundesebene zugewiesen.

Andererseits hat das politische System am 6. März aufgrund seiner eigenen Dynamik die langfristige Entwicklung im Nachkriegsdeutschland zu zwei gleich großen Wählerblöcken unterbrochen. Damit ist auch die Chancengleichheit der Parteien für einen Machtwechsel durch Wahlen nicht mehr vorhanden. Die Bundesrepublik ist nach dem 6. März nicht mehr auf dem Wege zum Zwei-Parteien-System, sondern zu einem Mehr-Parteien-System. Zum ersten Male seit den fünfziger Jahren hat sich das politische System für neue Gruppierungen geöffnet.

Ob dies ein Vorgriff auf die Zukunft oder nur ein Rückgriff auf Muster der fünfziger Jahre ist, wird abzuwarten sein. Die Parallelen zur Situation des politischen Systems in den fünfziger Jahren sind allerdings auf den ersten Blick verblüffend:

— Der Vorsprung der Union am 6. März vor der SPD ist mit 10,6 Prozentpunkten seit den fünfziger Jahren nie mehr so groß gewesen.

— Die „flächendeckende“ Überlegenheit der Union am 6. März weist ebenfalls bereits in den fünfziger Jahren zu beobachtende Züge auf: Wie 1957 hat die Union in allen Flächenstaaten die Mehrheit. In den traditionellen Hochburgen der SPD, den großen Städten, gibt es ebenfalls wieder eine deutliche Verschiebung der Parteienkonstellationen in Richtung Union. Hier setzt sich eine Entwick-

Tabelle 2: Vorsprung CDU/CSU vor SPD
(Prozentdifferenz)

1949	+ 1,8
1953	+ 16,4
1957	+ 18,4
1961	+ 9,1
1965	+ 8,3
1969	+ 3,4
1972	- 0,9
1976	+ 6,0
1980	+ 1,6
1983	+ 10,6

lung fort, die auf der kommunalen Ebene bereits seit eineinhalb Jahrzehnten zu beobachten ist. Damit fehlt der SPD im Unterschied zu den sechziger Jahren eine wesentliche Basis für die Vertrauenswerbung beim Wähler. Die SPD findet sich in die Situation der fünfziger Jahre zurückversetzt.

Die Union hat ihre Lage gegenüber den fünfziger Jahren noch verbessert: Sie kann in den achtziger Jahren ihre zentrale Machtposition in Bonn auch auf der kommunalen Ebene abstützen und absichern.

Daß nach dem 6. März wieder Strukturen und Muster der fünfziger Jahre sichtbar geworden sind, ist nicht auf starke Schwankungen des Wähleranteils der Union zwischen 1953 und 1983 zurückzuführen: Die Spannweite zwischen dem minimalen Stimmenanteil der Union (1972) und dem maximalen (1957) be-

Tabelle 3: Länder bzw. Großstädte mit Mehrheiten der Union bzw. der SPD

	Zahl der Länder (Flächenstaaten) mit Mehrheiten für		Zahl der Großstädte *) (über 500 000 Einwohner) mit Mehrheiten für	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
B 1957	8	–	7	4
B 1961	7	1	2	9
B 1965	7	1	2	9
B 1969	6	2	–	11
B 1972	3	5	–	11
B 1976	4	4	1 ²⁾	10
B 1980	3	5 ¹⁾	1	10
B 1983	8	–	4 ³⁾	7

*) einschließlich Hamburg und Bremen

¹⁾ Saarland, Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen

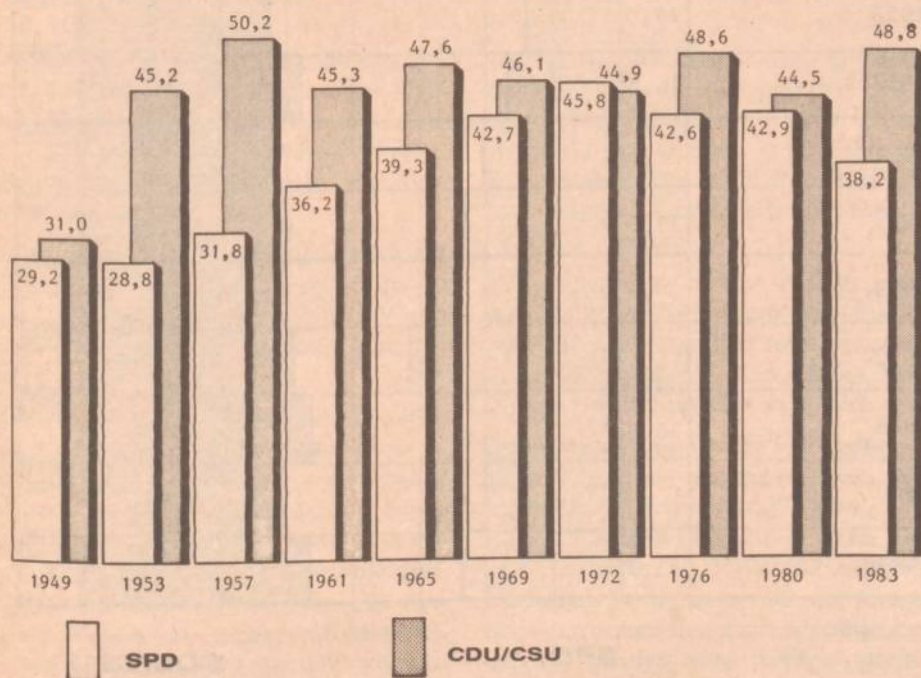
²⁾ München

³⁾ München, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf

trägt nur 5,7 Prozentpunkte. Vielmehr dürften die Schwankungen des SPD-Wähleranteils diese Entwicklung zu Strukturen der fünfziger Jahre begünstigt haben: Die Spannweite

zwischen Minimum (1953) und Maximum an Wählerstimmen (1972) beträgt bei der SPD rund drei mal so viel wie bei der Union, nämlich 17 Prozentpunkte.

CDU/CSU- und SPD- Anteile bei Bundestagswahlen seit 1949
(in Prozent der gültigen Stimmen)



Die Entwicklung der Anhängerpotentiale der beiden großen Parteien (die etwas vereinfacht mit den Prozentanteilen bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten gleichgesetzt werden können) zeigt dies deutlich: Die Union verfügt seit 1957 über einen geradezu monolithischen Anhängerblock von mehr als zwei Fünfteln der Wahlberechtigten. Dieses Anhängerpotential konnte die Union bei den nachfolgenden Bundestagswahlen zwar nicht immer in zählbare Wählerstimmen umsetzen, weil aktuelle Ereignisse (wie der Bau der Mauer in Berlin 1961, die Auswirkungen der Großen Koalition 1969 oder der umstrittene Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß 1980) dies verhinderten. Ohne solche Irritationen gelang der Union jedoch die vollständige Umsetzung ihres Anhängerpotentials in Stimmen: So z. B. 1976, als die Union mit 43,7 Prozent der Wahl-

berechtigten alle potentiellen Anhänger zu einer Stimmabgabe für die Union bewegen konnte, bei den meisten regionalen Wahlen seit Oktober 1980 und am 6. März 1983, als die Union die Stimmen von 43,1 Prozent der Wahlberechtigten für sich verbuchen konnte.

Das SPD-Anhängerpotential ist demgegenüber weitaus beweglicher: Die SPD konnte ihr Anhängerpotential von rund einem Fünftel bei der Bundestagswahl 1949 auf rund zwei Fünftel bei der Wahl 1972 verdoppeln. Danach sank das Potential kontinuierlich wieder ab und erreichte im März 1983 mit einem Drittel einen Tiefstand seit 1961.

Die FDP hat ihr Überleben im Bonner parlamentarischen System am 6. März ebenfalls einer erstaunlichen Stabilität zu verdanken:

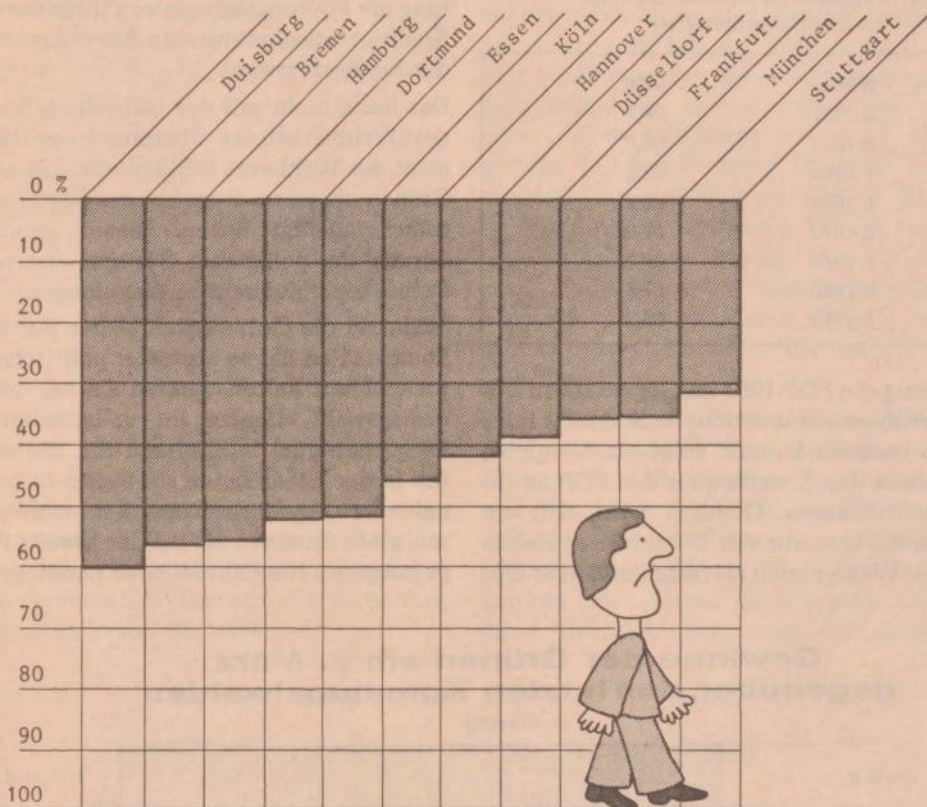
Entwicklung der Anhängerpotentiale von CDU/CSU und SPD 1949 — 1983

(in % der Wahlberechtigten)

1949	22,2									23,6	
1953	24,0									37,6	
1957	26,8									42,4	
1961	30,5									38,2	
1965	33,3									40,3	
1969	36,4									39,3	
1972	41,4									40,6	
1976	38,3									43,7	
1980	37,6									39,1	
1983	33,7									43,1	
		SPD						CDU/CSU			

FDP-Verluste 1983 — 1980

(in Prozent)



Dies liegt allerdings weniger an einer individuellen Stabilität ihrer Anhänger; viele FDP-Wähler haben der Partei nämlich nach dem Herbst 1982 den Rücken gekehrt — verblieben sein dürften ihr bundesweit rund drei Prozent Stammwähler.

Für die FDP gilt vielmehr eine Art staatspolitischer Stabilität: Von vielen nicht fest an die großen Anhängerblöcke gebundenen Wahlberechtigten werden der FDP zwei Rollen zugewiesen:

1. Da der Wähler in Deutschland durch seine persönliche Entscheidung politische Verhältnisse nicht ändern möchte und von daher auch noch kein Regierungswechsel durch Wahlentscheid herbeigeführt wurde, muß die FDP demokratische „Machtwechsel“ vollstrecken. Abgesehen von den Kräfteverschiebungen in den Städten hat immer ein Koalitionswechsel der FDP zum Rollentausch zwischen

Regierung und Opposition geführt. Selbst wenn der Wähler (wie im Herbst 1982) moralische Bedenken gegen die Art und Weise des Wechsels hat, scheint er die staatspolitisch funktionale Rolle der FDP im politischen System bei den nachfolgenden Wahlen zu honorieren.

2. Daneben scheint der Wähler als weitere staatspolitische Funktion auf Bundesebene der FDP eine „Korrektiv“rolle zuzuweisen: Sie soll zwischen den beiden großen Parteiblöcken als politikneutraler Ausgleich wirken.

Beide Rollen werden der FDP jedoch offenbar nur auf Bundesebene zugestanden. Die Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zeigen, daß diese Rolle als Mehrheitsbeschaffer, als Vollstrecker eines demokratischen Regierungswechsels und als Korrektiv zwischen den großen politischen Fronten auf Länderebene weniger deutlich ge-

wünscht bzw. für nicht notwendig gehalten wird.

Tabelle 4: Anteil der FDP-Erststimmen an Zweitstimmen (%)

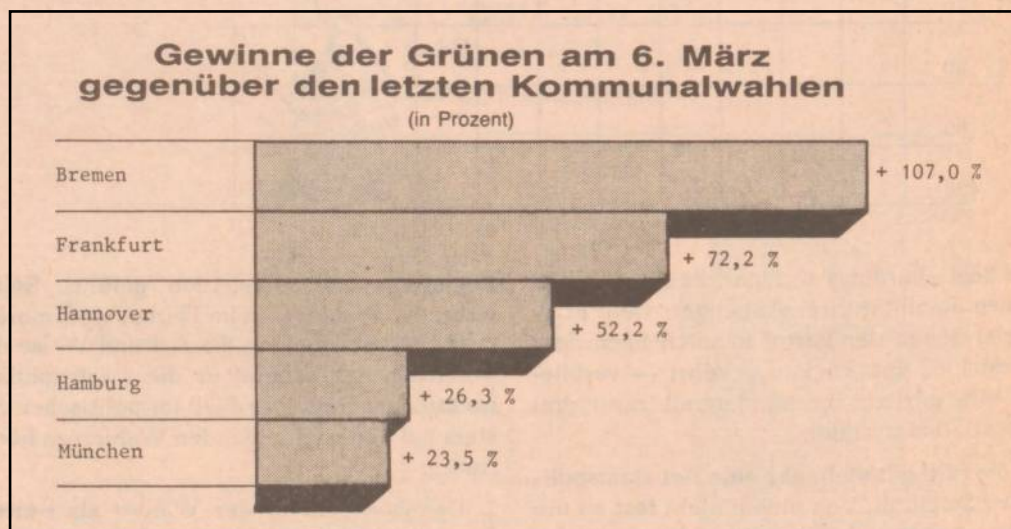
B 1953	88,6
B 1957	98,7
B 1961	96,0
B 1965	82,8
B 1969	81,7
B 1972	57,2
B 1976	80,7
B 1980	67,5
B 1983	38,2

Wie wenig die FDP 1983 im Gegensatz zu früheren Wahlen auf individuelle Stabilität ihrer Wähler rechnen konnte, zeigt ein Vergleich des Anteils der Erststimmen der FDP an ihren Zweitstimmen. Deutlich wird, daß die FDP am 6. März nur ein Drittel ihrer Zweitstimmen-Wähler auch als feste Anhänger ein-

stufen kann. Wiederum liefern die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein den Beleg: Bei beiden Wahlen errang die FDP unabhängig von ihrer jeweiligen Koalitionsaussage nur den Erststimmenanteil der Bundestagswahl.

Das neue, nicht mit der bisherigen Stabilität des Wahlverhaltens übereinstimmende Element der Wahl vom 6. März war, daß sich die Grünen als vierte Partei in das Parteienspektrum eingefügt haben. Dieser „qualitative Sprung“ des politischen Systems war von der Demoskopie nur schwer einzufangen.

Während die Grünen sich bisher nur auf der kommunalen Ebene als fester politischer Faktor etabliert hatten, setzten sie bei der Bundestagswahl offenbar ihr vollständiges Anhängerpotential in Stimmen um. Sie erreichten in den Städten, wo sie bisher in kommunalen bzw. Landesparlamenten vertreten waren, mehr Stimmen als bei der jeweils vorausgegangenen Kommunal- oder Landtagswahl.



II. Strukturelle Rahmenbedingungen des politischen Systems

Unter welchen strukturellen Rahmenbedingungen entwickelte sich die dargestellte Stabilität des Wählerverhaltens bzw. bildeten sich Bedingungen für neue Entwicklungen des politischen Systems heraus?

Nach dem Zweiten Weltkrieg knüpften die Parteien zunächst an die klassische Konfliktlinie an, an der sich die deutsche Politik fast

ein Jahrhundert lang orientiert hatte. Beherrscht wurde die Politik vom Gegensatz zwischen dem „Proletariat“ und der „bürgerlichen Gesellschaft“. Anknüpfungspunkte für die Politik waren die objektiven Indikatoren bestehender ökonomischer Ungleichheiten, aber auch die subjektiven Empfindungen der den einzelnen Gruppen zugehörigen Bürger.

Diese nach dem Einschnitt des Nazi-Regimes wieder an die alten Traditionen anknüpfende deutsche Politik brachte der SPD ein „strukturelles Defizit“, da die „bürgerliche Gesellschaft“ mit konservativen Wertsystemen zahlenmäßig in der Bundesrepublik stärker verankert war. Dieses strukturelle Defizit der SPD hat sich objektiv durch die Entwicklung der Produktivkräfte, des technologisch wirt-

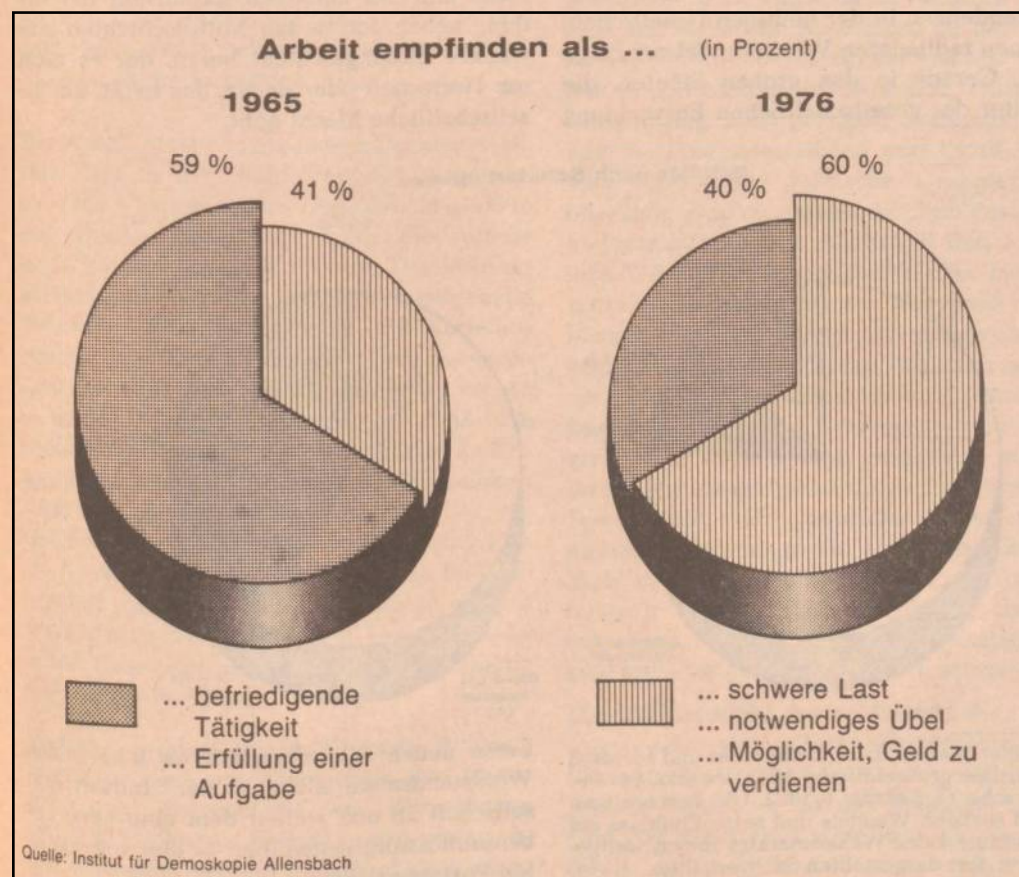
Entstanden sind demgegenüber immer neue, bis dahin unbekannte Berufe. Veränderungen des ökonomischen Unterbaus, Modernisierungsbestrebungen und technologische Entwicklungen bis hin zur Roboter- und Mikroelektronik brachten diese sogenannten neuen Mittelschichten hervor. Rekrutiert wurden diese neuen Mittelschichten zum überwiegenden Teil aus Familien breiterer Bevölkerungsschichten; Arbeiter erhielten die Chance, innerhalb ihres eigenen Lebens aufzusteigen, häufiger aber erfolgte der soziale Aufstieg zwischen zwei Arbeitergenerationen: Aufsteiger aus Arbeiterhaushalten bildeten das klassische Rückgrat der neuen Mittelschichten.

Tabelle 5: Sozialstruktur in der Bundesrepublik

	1950	1981	%-Differenz 1981-1950
Arbeiter	51,0	42,2	- 8,8
Angestellte und Beamte	20,6	46,1	+ 25,5
Selbständige	28,3	11,7	- 16,6

schaftlichen Wandels vergrößert. Immer weniger Wähler sind im produzierenden Bereich der Wirtschaft beschäftigt, immer mehr im tertiären Bereich. Damit schrumpfte der Anteil des klassischen Industrie-Facharbeiters, der Kernschicht der SPD-Wähler.

Dieser wirtschaftliche und soziale Wandel in der Bundesrepublik führte auch zu einer Ein-ebnung der klassischen gesellschaftlichen und politischen Konfliktlinien: Zwischen dem Proletariat und der bürgerlichen Gesellschaft gibt es unabhängig von allen objektiven Indikatoren noch immer bestehender ökonomischer Ungleichheiten nach den subjektiven



Empfindungen der Bürger keinen allzu großen Gegensatz mehr. Bereits Mitte der siebziger Jahre rechneten sich mehr als ein Drittel der Arbeiter selbst nicht mehr zur Arbeiterschaft, sondern stufen sich als Mittelschicht ein. Damit führten die objektiven Veränderungen auch zu anderen subjektiven Einstellungen, einem anderen Bewußtsein. Für die aufgestiegenen Arbeiter war das Etikett Angestellter nicht eine bloße Frage der Rentenversicherung, sondern bedeutete auch eine Änderung des Lebensstiles ²⁾.

Dieser bisher beschriebene Wandlungsprozeß führte jedoch nicht zu einer grundsätzlichen Abkehr vom traditionellen gesellschaftlichen Wertesystem. Die Sicherung der Arbeitsplätze und des materiellen Fortschritts sowie die

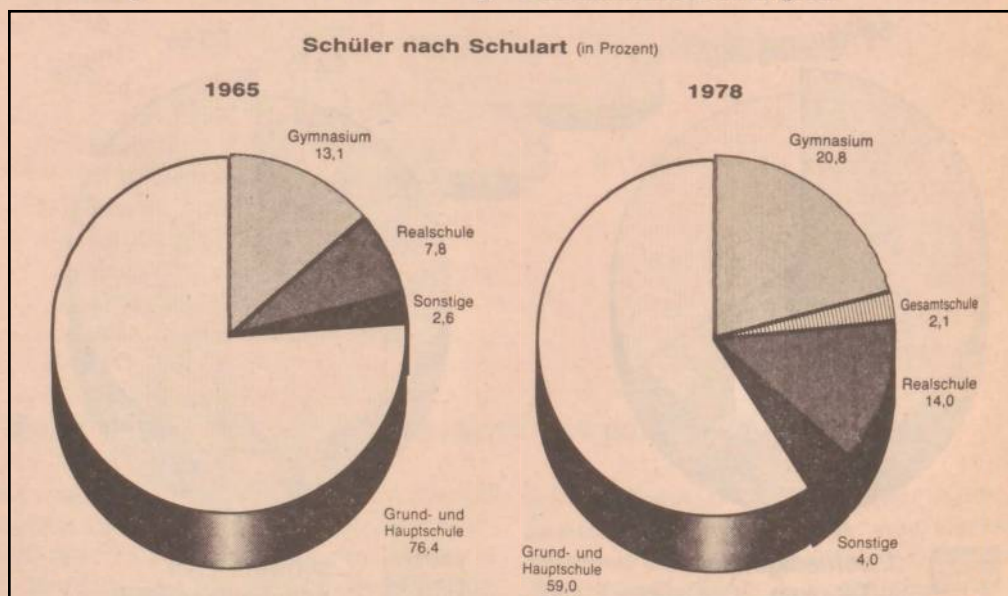
Orientierung an Leistung und Aufstiegsmöglichkeiten sind für Arbeiter und neue Mittelschichten gleichermaßen wichtig. Geschlossen steht man hinter Wohlfahrtsstaat, Sozialpartnerschaft und Demokratie. Im Gegensatz zu den Arbeitern neigen die neuen Mittelschichten jedoch dazu, individuellen Zielen den Vorrang zu geben und in der Politik eher opportunistisch zu reagieren und sich von Moden und Massenmedien leichter beeinflussen zu lassen.

Dies zeigt sich z. B. auch an einer stärkeren Freizeitorientierung: Zugenommen hat nicht nur die objektiv zur Verfügung stehende freie Zeit, sondern auch die subjektive Bedeutung der Freizeit gerade für Angehörige neuerer Mittelschichten.

III. Wertewandel: Der sogenannte Postmaterialismus

Neben der durch den technologischen Wandel bedingten Entstehung der neuen Mittelschichten zeigen sich jedoch neue Entwicklungstendenzen in der heutigen Gesellschaft, die einen radikaleren Wertewandel zur Folge haben. Gerade in den großen Städten, die Vorreiter der gesellschaftlichen Entwicklung

von morgen sind, wuchs auch als Folge der völligen Absicherung der ökonomischen Existenz und der massiven Expansion der Bildung neben den neuen Mittelschichten eine weitere Bildungsschicht heran, der es nicht um Herrschaft oder Besitz, das heißt, um gesellschaftliche Macht geht.



²⁾ Vgl. hierzu auch: Ernst Gehmacher und Manfred Güllner, Der großstädtische Wählermarkt, in: Demokratische Gemeinde, 6/1982. Die Beschreibungen des sozialen Wandels und seine Einflüsse auf die Strukturen des Wählermarktes folgen weitgehend den dort dargestellten Sachverhalten.

Diese neuen Bildungsschichten lehnen den Wohlstandsmaterialismus der Industriegesellschaft ab und stellen dem eine neue Lebensauffassung gegenüber — den sogenannten Postmaterialismus.

Postmaterialistische Werte entstehen wie folgt: Je besser die elementaren materiellen Bedürfnisse des Menschen befriedigt sind, je besser die Versorgung mit Gütern wie Einkommen, Wohnung, Essen, Trinken und einem Minimum an Kultur gelöst ist, desto eher wird die materielle Versorgung als unproblematisch angesehen. Der Sättigungseffekt durch eine Überversorgung mit materiellen Gütern führt so zur Ausbildung nicht-materieller Bedürfnisse. Der Kampf um die elementare Versorgung mit Grundbedürfnissen für den Menschen wurde gerade bei vielen Jüngeren, die Zeiten der Not, der Knappheit und des Krieges nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, in den Hintergrund gedrängt. Begünstigt wurde dies durch die in modernen Wohlfahrtsstaaten größer gewordene materielle Sicherheit, die Freiheit von krasser Not und die abnehmende individuelle Bedrohung durch Krieg, Wirtschaftskrisen und Verarmung. Diese strukturellen Veränderungen im gesellschaftlichen Unterbau waren die Voraussetzung für Bewußtseinsänderungen im sozialen Überbau. Man konnte sich in stärkerem Maße den höheren Ansprüchen der Lebensgestaltung zuwenden.

Der Anteil dieser sogenannten Postmaterialisten liegt in der Bundesrepublik insgesamt bei 6 bis 7 Prozent aller Wahlberechtigten; in den großen Städten erreichen die Anteile heute bereits 12 bis 15 Prozent. Das Wählerpotential der Grünen ist damit weitgehend identisch. Der Anteil dürfte — wie Werte aus anderen westlichen Gesellschaften, insbesondere den USA oder den Niederlanden, zeigen — in der Zukunft noch ansteigen. Daß eine ansteigende Tendenz durch ökonomische Krisensituationen und drohende Arbeitslosigkeit langfristig unterbrochen wird, ist eher unwahrscheinlich. Allenfalls verlangsamt sich die Ausbreitung dieser Werte etwas. Im übrigen sind Anhänger des postmaterialistischen Wertsystems vor materiellen Existenzkrisen wegen ihrer besseren beruflichen Ausbildung auch besser geschützt.

Verbreitet sind postmaterialistische Werthaltungen nämlich vor allem unter den besser gebildeten, überwiegend aus bürgerlichen und wohlhabenden Elternhäusern stammenden Jüngeren, die die Gegebenheiten einer

hochtechnisierten Zivilisation als selbstverständlich hinnehmen. In diesen jüngeren Bildungsschichten wurde die Entwicklung von nachindustriellen Wertsystemen nicht durch eigene Erlebnisse von Not und Unsicherheit behindert. So konnten sich als Hauptforderung der neuen Werthaltung die Abschaffung von Arbeits- und Leistungsstreß, von sozialem Druck und ein ausgeprägtes Mißtrauen gegen große Organisationen und Systeme der Technik und der Administration herausbilden.

Diese neuen postmaterialistischen Werthaltungen lassen sich jedoch relativ bruchlos mit den materialistischen Vorteilen dieser Gesellschaft vereinen; beide Wertsysteme können auf der individuellen Ebene miteinander verknüpft werden. Dem entspricht, daß der Anteil von „Aussteigern“ aus der Gesellschaft unter den Anhängern postmaterialistischer Werte gering ist. Im Gegenteil: Bürger mit postmaterialistischen Werthaltungen finden sich immer häufiger in höheren sozialen und beruflichen Positionen, da ihre bessere schulische und berufliche Ausbildung sie gerade für höhere Funktionen in Verwaltung und vor allem in den Medien prädestiniert. Trotz ihrer zahlenmäßig noch geringen Bedeutung können die Postmaterialisten und damit Grüne oder alternative politische Gruppierungen über ihre sozialen und beruflichen Positionen und vor allem ihren Einfluß in den Medien ihre Wertsysteme und Bedürfnisse lautstark artikulieren und verbreiten. Für ihren Protest können sie überdies viel Zeit und großes Engagement aufwenden. Ihre Aktionen werden von Begeisterung, mitunter auch durch gut gespielte Entrüstung getragen. Gezielte Aggressionen werden dann eingesetzt, wenn es ihrer politischen Arbeit nutzt. Da ihre eigene Werthaltung wirtschaftliche Güter gering einschätzt, brauchen sie bei ihren Aktionen auch keine Rücksicht auf solche Werte zu nehmen: Verkehrsbehinderungen, Sachzerstörungen, Gefährdung von Arbeitsplätzen sind logische Folgen dieses Wertsystems.

Der Wählermarkt der achtziger Jahre ist insofern sehr viel differenzierter als der der fünfziger. Nach dem 6. März sich zeigende politische Parallelen zu den fünfziger Jahren sind von daher eher vordergründig als strukturell.

IV. Wie haben die Parteien auf den differenzierteren Wählermarkt reagiert?

Der stabile Erfolg der Union in den siebziger Jahren auf allen politischen Ebenen legt den Schluß nahe, daß die Union sich auf die Struktur und Bedürfnisse ihrer Anhänger besser eingestellt hat. In der Tat scheint der Wandel von Sozialstruktur und Werten das Anhängerpotential der Union noch am wenigsten tangiert zu haben. Sie kann zurückgreifen auf die Gruppe der Bevölkerung, in deren wohlverstandenen Interesse eine konservative Politik mit der Erhaltung von Inegalität und Vorrechten liegt. Grenzen werden nur dort gesetzt, wo das Funktionieren der Industriegesellschaft in Frage gestellt würde. Zu diesen Gruppen gehören vor allem Selbständige, Unternehmer und Manager, die besser bezahlten Bildungseliten der Freiberufler, manche Gruppen im öffentlichen Dienst (der traditionelle Beamte), aber auch andere Nutznießer einer bürgerlichen Sozial- und Werteordnung, von Luxusgeschäften bis zu halbkriminellen Randerscheinungen im Vergnügungsbetrieb.

Der konservative Anteil am Wählermarkt ist trotz aller gesellschaftlichen Wandlungsprozesse keinesfalls geschrumpft. Allerdings ist der Kern des konservativen Wählerpotentials auch nicht größer geworden: Die Stabilität des Anhängerpotentials der Union seit 1957 beruht hierauf. Obwohl es insofern keinen häufig zur Erklärung des Wahlverhaltens behaupteten „konservativen Trend“ gibt, bleiben konservative Werthaltungen auch für Randgruppen in anderen Wählerbereichen attraktiv. Für die Union ist es deshalb wichtig, die Wertmuster dieser Wählerschicht in Einklang zu halten mit der politischen Ideologie der Union. Nicht von ungefähr knüpfte der Regierungs- und Wahlkampfstil der Union bruchlos an Sprache, Slogans und Symbole der fünfziger Jahre an. Der Erfolg am 6. März stellte sich fast automatisch ein; unterstützt wurde er vom desolaten Zustand des politischen Gegners.

Denn die SPD tat sich mit ihren Reaktionen auf die Wandlungsprozesse der Gesellschaft offenbar sehr viel schwerer. Für die Situation

der SPD ist kennzeichnend, daß die Arbeiter aus der Partei herausgedrängt, die neuen Mittelschichten verprellt und die Postmaterialisten nicht an die Partei gebunden wurden.

Die Arbeiter, die das klassische Rückgrat der Mitglieder- und Wählerstruktur der SPD bildeten, spielen innerhalb der Partei eine immer geringere Rolle. Dies gilt z. B. für ihren Anteil am Funktionärskörper: So konnte bereits 1974 in Nordrhein-Westfalen festgestellt werden, daß bei einem Anteil von 44 Prozent Arbeitern unter allen Mitgliedern nur 23 Prozent der Ortsvereinsvorsitzenden und nur 11 Prozent der Unterbezirksvorsitzenden Arbeiter waren; lediglich unter den Ortsvereinskassierern waren die Arbeiter entsprechend ihrem Mitgliederanteil zu 44 Prozent vertreten. Neuere Zahlen zeigen, daß sich dieser Trend selbst in einer noch stark von der Arbeiterkultur geprägten Region wie Nordrhein-Westfalen dramatisch fortgesetzt hat.

Die Arbeiter wurden aber auch in der „normalen“ Mitgliedschaft als tragendes Element herausgedrängt, weil der Mitgliederzustrom nach 1969 aus anderen Bevölkerungsquellen gespeist wurde: Zwischen 1969 und 1974 strömten in die SPD „überbildete“ „Bourgeoisöhnchen“ (wie Robert Michels es bereits 1906 formulierte), das heißt Kinder aus bürgerlichen Lehrer-, Beamten- und Pfarrerhaushalten mit überdurchschnittlicher Bildung, aber keinerlei Bindung an die Arbeiterbewegung bzw. die Gewerkschaften und einem großen Nachholbedarf an Sozialismus.

Diese Umschichtung der Mitgliederstruktur der SPD konterkarierte den historischen Erfolg der Sozialdemokraten: die gesellschaftliche Integration der Arbeiter. Indem die Arbeiter innerhalb der Partei zu einer Marginalgruppe wurden, nahm auch ihre politische Bedeutung ab. Da die Arbeiter in der heutigen SPD ihre Interessen nur noch sehr selten vertreten können, nimmt auch ihr Einfluß in Gesellschaft und Politik ab. Mit der mangelnden Artikulations- und Partizipationsmöglichkeit der klassischen Wählerklientel in der SPD

änderten sich zwangsläufig auch die Ziele und die politische Programmatik der Partei. Aus der Sicht des Arbeiters entsteht so ein Teufelskreis: Die Gefahr der Benachteiligung seiner Interessen in der Gesellschaft sieht er immer deutlicher.

Dies führte bei den bisherigen Wahlen noch nicht zu massenhaften Abwanderungen von Arbeiterwählern in das konservative Wählerlager: Auch am 6. März 1983 war die Stabilität der SPD in den Arbeitervierteln noch am höchsten. Aber große Wahlenthaltungen gerade bei Wahlen auf kommunaler Ebene deuten an, daß hier für die SPD weitere potentielle Abwanderer vorhanden sind.

Die SPD hat jedoch nicht nur ihre klassischen Wähler im Stich gelassen, sondern auch die neuen Mittelschichten, die ihr in den sechziger Jahren nicht nur zum Erfolg, sondern 1969 auch zur Regierungsverantwortung in Bonn („Schiller-Wähler“) verholfen haben.

Obwohl sozialdemokratische Grundwerte, die Einstellung zum technischen Fortschritt und zum sozialen Wandel die Entstehung der neuen Mittelschichten begünstigte, verteuflerte die SPD in den siebziger Jahren alle in den fünfziger und sechziger Jahren mitgetragenen Werte dieser Wählerschichten. Das gilt für Werte wie: individuelle Konsumorientierung, individuelle Wohnformen, leistungsorientiertes Denken, Aufstiegs- und Karriereerwartungen, etc. Alle Werte, die den Mittelschichten wichtig waren, hat die SPD in den siebziger Jahren durch ihre Öffentlichkeitsarbeit systematisch verächtlich gemacht. Folgerichtig gab es in dieser Schicht, die ohnehin im Konflikt zwischen kollektiven öffentlichen Tugenden und ihrer privaten Orientierung stand, massive Abwanderungen zur Union. Die Abwanderungstendenzen waren bereits in den siebziger Jahren deutlich zu erkennen, sie sind offenbar zu Beginn der achtziger Jahre noch nicht gestoppt.

Schließlich konnte die SPD unter den Postmaterialisten keine nennenswerten Wählergruppen erschließen, obwohl unter ihren Mitgliedern und Funktionären Anhänger dieses Wertesystems überproportional vertreten sind. Bereits 1977 konnte der SPD-Vorstand an den Ergebnissen einer von ihm in Auftrag gegebene

nen Organisationsstudie sehen, daß rund ein Viertel aller damaligen Ortsvereinsvorsitzenden postmaterialistische Werthaltungen aufwiesen. Diese Zahl dürfte sich bis 1983 erheblich verstärkt haben.

Im Bundestagswahlkampf 1983 hatte dies fatale Folgen: Bei den Kompetenzzuweisungen an die Parteien lag die Union weit vor der SPD, vor allem auf den Feldern klassischer sozialdemokratischer Politik. Lediglich bei der Kompetenzzuweisung für die Lösung nichtmaterieller Zielsetzungen lag die SPD vor der Union. Die Hauptinteressen der Wähler lagen jedoch in diesem Wahlkampf auf anderen Feldern.

Während der Erfolg der Union in einer nahtlosen Übereinstimmung ihrer Funktionäre und Aktivisten, ihrer Mitglieder und ihrer Anhänger besteht, kann die SPD mit einer ähnlichen Stromlinienförmigkeit nicht aufwarten. Ihre von der Struktur her differenzierteren potentiellen Anhänger vermögen sich in der Parteimitgliedschaft und vor allem im Funktionärskörper kaum wiederzuerkennen, weil hier einseitig postmaterialistische Werte dominieren.

Damit ist auch die Ausgangslage der Parteien in den achtziger Jahren beschrieben: Während die Union auf ein festgefügtes Anhängerlager zurückgreifen kann, kann die SPD nur noch auf ein Rumpfpotential zählen. Allenfalls kann der SPD dabei ein Mechanismus helfen, der seit 1949 im Wahlverhalten der Bundesbürger verankert ist: Danach fällt es der jeweiligen Bonner Regierungspartei schwerer, bei regionalen Wahlen auf Landes- und kommunaler Ebene ihre Anhänger zu mobilisieren. Allerdings haben die Wahlen in Schleswig-Holstein, aber davor auch die Landtagswahl in Bayern keine Fingerzeige dafür gebracht, daß dieser Mechanismus so simpel unverändert fortgelten wird.

Die SPD muß, um Mehrheiten auf allen Ebenen der Politik zu erhalten bzw. zurückzugewinnen, in der politischen Arbeit, der Ansprache der Bürger und der Werbung im Wahlkampf auf die Bedürfnisse, die unterschiedliche Sprache und den Ausdrucksstil ihrer ver-

schiedenen Anhängergruppen Rücksicht nehmen. Dabei darf diese Ansprache auch im Wahlkampf nicht wie 1983 zu einem Sammelurium von Einzelaussagen werden, die nebeneinander angeboten werden. Alle Detailaktivitäten oder Aussagen müssen sich in ein für den Wähler nachvollziehbares Gesamtgefüge von Grundwerten einfügen.

Für die FDP gilt, daß ihr Erfolg am 6. März noch keine Garantie für das Überleben auf Landes- und kommunaler Ebene darstellt.

Leichter haben es von den beiden kleinen Parteien hingegen die Grünen, die ebenso wie die Union auf ein durch eine bestimmte Werthaltung geprägtes Wählerpotential zurückgreifen können.

Werner Kaltefleiter: Eine kritische Wahl. Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/83, S. 3—17

Das Ergebnis der Wahl vom 6. März ist im wesentlichen eine Folge der langfristigen Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Die internen Auseinandersetzungen der SPD seit Anfang der siebziger Jahre haben zu einer ständigen Erosion ihres Wählerpotentials und dementsprechend zu einer Stärkung der CDU/CSU geführt, die nur durch politische Einzelereignisse von Zeit zu Zeit unterbrochen wurde.

Darüber hinaus hat die lange Regierungstätigkeit der SPD zur Entstehung der Grünen/Alternativen-Bewegung geführt, die eine weitere Schwächung der SPD zur Folge hatte. Mit dem Bemühen um Reintegration der Grünen läuft die SPD Gefahr, über einen längeren Zeitraum die politische Mitte nicht mehr ansprechen zu können.

Der Koalitionswechsel hat die FDP in eine Existenzkrise geführt, die mit dem Wiedereinzug in den Bundestag noch keineswegs beendet ist. Die FDP kam nur als Darlehnsnehmer der CDU ins Parlament.

Manfred Güllner: Zwischen Stabilität und Wandel — Das politische System nach dem 6. März 1983

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/83, S. 19—30

Die Wahlen vom 6. März 1983 bestätigten die erstaunliche Stabilität des Wählerverhaltens und zeigten auf den ersten Blick Parallelen zur Wählerlandschaft der fünfziger Jahre:

- Die Union verfügt über ein seit Mitte der fünfziger Jahre festgefügtes Anhängerpotential, das sie am 6. März 1983 wie bereits 1957 und 1976 voll in Stimmen umsetzen konnte.
- Die SPD setzt ihren auf kommunaler Ebene begonnenen Negativtrend auch auf Bundesebene fort; sie bewegt sich in Richtung ihres Wählerpotentials der fünfziger Jahre.
- Die FDP rettete ihre bundespolitische Rolle als Mehrheitsbeschaffer und Korrektiv zwischen den beiden großen Blöcken.

Andererseits brachte die Wahl am 6. März den ersten qualitativen Sprung des politischen Systems seit den fünfziger Jahren: Zum ersten Male gelang mit den Grünen einer neuen politischen Gruppierung der Einzug ins Bonner Parlament.

Stabilität und Wandel des politischen Systems zu Beginn der achtziger Jahre reflektieren die strukturellen Wandlungen des Wirtschafts- und Sozialsystems, den damit zusammenhängenden Wertewandel und die unterschiedlichen Reaktionen der Parteien auf den gewandelten Wählermarkt. Anhänger neuer Wertsysteme („Postmaterialisten“) stellen das Anhängerpotential der Grünen.

Die am 6. März 1983 geschaffenen neuen Strukturen erschweren in den nächsten Jahren einen Machtwechsel durch Wahlen in der Bundesrepublik, weil die strukturellen Benachteiligungen der SPD heute wieder so groß wie in den fünfziger Jahren und neue Koalitionskonstellationen noch nicht in Sicht sind.

Der Union ist es gelungen, eine optimale Balance von Mitglieder- und Wählerstrukturen sowie ideologischer Wertsysteme herzustellen. Die SPD hingegen tat sich schwer, ihre unterschiedlichen Mitglieder- und Wählergruppen und deren kontroverse Wertsysteme zu integrieren.